

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße Nr. 16b.
Telephon Nr. 3392.

Insertats
für die sechsgespaltene Spalte ober deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Das Elend des Koalitionsrechtes der deutschen Arbeiter.

Der deutsche Arbeiter hat das Koalitionsrecht, aber wenn er es benutzt, wird er bestraft.

Vrentano.

Als eine geradezu selbstverständliche Sache betrachtet es die gesamte deutsche Arbeiterschaft, daß der jüngst zu seiner ersten Session zusammengetretene neue Reichstag in dieser Legislaturperiode ein freies Koalitionsrecht schafft und zwar so bald als möglich. Die polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen der Arbeiter wegen der Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Koalitionsrechtes haben allmählich einen solchen Umfang und einen solchen Grad der Schärfe erreicht, daß der dadurch geschaffene Zustand einfach unerträglich und unhaltbar ist und baldigste Remedur dringend notwendig ist.

Das Koalitionsrecht statuiert bekanntlich der § 152 der Gewerbeordnung, aber wie der Galgen neben der Pressefreiheit, steht neben ihm der § 153. Beide Paragraphen haben folgenden Wortlaut: § 152. Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben. Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei und es findet aus letzterem weder Klage noch Einrede statt. § 153. Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Berufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

Dazu ist zu sagen, daß nicht bloß der letztere Paragraph, sondern auch der § 152 zu beanstanden ist. Der zweite Satz desselben ist angefaßt der korporativen Arbeitsverträge, der Tarifgemeinschaften, von der Entwicklung der Dinge längst überholt. Jener Satz ist so recht der Ausdruck der liberalen Weltanschauung, des Individualismus, wonach jeder tun kann, was er will und jeder seines Glückes Schmied ist, der aber durch jeden Tarifvertrag über den Haufen gerannt wird. An die Stelle des Individualismus tritt die Solidarität, die Gemeinamkeit der Interessen und zwar für die Unternehmer im gleichen Maße wie für die Arbeiter. Die Tarifgemeinschaft muß der Unternehmer wie der Arbeiter halten, sonst wird sie illusorisch und an Stelle der bis zu einem gewissen Grade geordneten Produktion, der für alle beteiligten Unternehmer gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen, tritt wieder die Zügellosigkeit und die Schmutzkonkurrenz. Es ist aber bereits ein großer Teil des Gewerbes und der Industrie, des Handels und Verkehrs, in den Kreis der Tarifgemeinschaft einbezogen und jeder Tag bringt in dieser Beziehung weitere Fortschritte. Auch sind diese Tarifgemeinschaften, so namentlich die der Buchdrucker, bereits vielfach von Staats- und Gemeindebehörden anerkannt, so daß ihnen geradezu ein öffentlich-rechtlicher Charakter zukommt; das um so mehr, als ja viele, wenn nicht die meisten Tarifverträge wiederum vor einer Behörde, vor dem Gewerbeamt als Einigungsamt abgeschlossen werden. Der Rücktritt von solchen „Verabredungen“ durch einzelne Interessenten, wobei es sich, insofern es vorkommt, in der Regel nur um Unternehmer handelt, wird im allgemeinen nicht als eine schöne und ehrenhafte Handlung betrachtet, sondern eher als eine Schädigung der betreffenden gesamten Interessengruppe, und da kann es doch gewiß nicht die Aufgabe des Staats, die Aufgabe seiner Gesetzgebung sein, solchen schädlichen Elementen noch besonderen Schutz angedeihen zu lassen.

Damit steht natürlich auch die Frage des Rücktritts von „solchen Vereinigungen“ im engsten Zusammenhang. Die Tarifgemeinschaften werden nicht von einzelnen aus den Kreisen der Arbeiter und der Unternehmer, sondern von den Organisationen beider Parteien abgeschlossen. Der Rücktritt der Einzelnen von den Organisationen ist daher durchaus nicht wünschenswert, und wenn wir auch weit davon entfernt sind, nach dem durchaus nicht klassischen Muster der Zwangsvereinigungen, Zwangsorganisationen für Arbeiter und Unternehmer zu fordern, so finden wir aber doch, daß der Staat nicht die mindeste Ursache hat, diesen Rücktritt durch die Gesetzgebung förmlich anzuregen und zu ermuntern und dann noch besonders zu schützen.

In bezug auf jenen Satz liegen die Verhältnisse heute so, daß er ein Sprungbrett für jeden Streikbrecher und eine leere Phrase auf dem Papier für die Unternehmer ist. Für die Arbeiter ergeben sich aus jenem Privilegium der Streikbrecher in vielen Kämpfen die schwersten Nachteile und

Schädigungen mancherlei Art, da ihre Gewerkschaften keinerlei Mittel haben, die Streikbrecherei zu verhindern. Die Unternehmerorganisationen dagegen haben solche Mittel in Form der bekannten Wechsel und des Boykotts durch die Rohstofflieferanten wie durch die Abnehmer, Mittel, die nachgerade bei jedem Kampfe mit den Arbeitern zur Sicherung der Solidarität der beteiligten Unternehmer angewendet werden. Erst jüngst in dem Kampfe der Berliner Metallarbeiter mit den Röhrenmännern haben wir sie kennen gelernt. Will man das von kapitalistischer Seite zur Hege gegen die Arbeiter so viel mißbrauchte Wort vom „Terrorismus“ wirklich gebrauchen, so kann es nur und ausschließlich auf die Unternehmer angewandt werden, die einmal untereinander und jobann auch gegenüber den Arbeitern den gewalttätigsten und nur ihnen, weil mit allen Machtmitteln ausgerüstet, möglichen Terrorismus ausüben. Für sie existiert also die Einschränkung des Koalitionsrechtes, wie sie der zweite Satz des § 152 enthält, in der Praxis nicht, und da er so nur einseitig für die Arbeiter gilt und sie schädigt, so muß die Arbeitererschaft fordern, daß dieser Satz gestrichen wird.

Aber auch die Einschränkung des Koalitionsrechtes im Sinne des § 152 auf die „Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ ist durch nichts gerechtfertigt. Tatsächlich existiert sie auch nicht für die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer, die noch allezeit getan und unterlassen haben, was ihnen beliebt und wonach auch niemals ein Hahn kräht. Jene Einschränkung besteht nur für die Arbeiter und sie hat sich ihnen schon oft in unangenehmster Weise fühlbar gemacht. Wie oft schon sind Gewerkschaften aufgelöst worden, weil sie sich auch mit der Arbeiterschutzgesetzgebung, mit dem gesetzlichen Normalarbeitsstag zc. beschäftigten und etwa bezügliche Petitionen oder sonstige Eingaben an Behörden richteten. Diese Dinge stehen aber in engstem Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gewerkschaften, mit ihrem ganzen Wesen, mit allen ihren natürlichen Aufgaben, und es müssen die Regierungen selbst dringend wünschen, daß die Gewerkschaften es sich angelegen sein lassen, ihre Mitglieder mit der ganzen Arbeiterschutzgesetzgebung so gründlich als möglich vertraut zu machen und bei der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze behilflich zu sein. Das geschieht auch in der Tat, und die Behörden selbst sind es, die die Gewerkschaften zur Mitwirkung auffordern, die über den engen Rahmen des § 152 hinausgeht. Es sei nur an den Verkehr der Fabrikinspektoren mit den Gewerkschaften erinnert, an den Verkehr der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamtes in Berlin u. s. w. Nach mancher polizeilichen Verfolgung und manchem gerichtlichen Urteil früherer Jahre mußten die Gewerkschaften wegen der genannten Tätigkeit aufgelöst werden. Wie viel polizeilicher u. juristischer Scharfsinn ist doch früher nutzlos verschwendet worden mit der Definition der „öffentlichen Angelegenheiten“ und wie viele einander vollständig widersprechende Urteile sind da gefällt worden. Der gesunde Menschenverstand findet es sehr einfach und selbstverständlich, daß die ganze Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche wie die politische, eine öffentliche Angelegenheit ist. Oder ist ein Streik, eine Aussperrung von Tausenden von Arbeitern eine nur rein private, eine geheime, innerhalb der vier Wände eines kleinen Vereinslokals sich abspielende Angelegenheit? Gewiß nicht. Es ist daher die ganze Fassung des § 152 überlebt und unbrauchbar und er sollte durch den einen Satz ersetzt werden: „Die Arbeiter haben das Recht, sich zu vereinigen.“ Damit erhalten alle Arbeiter ohne jeden Unterschied das Koalitionsrecht, das heute schon die Unternehmer aller Art ohne jeden Unterschied besitzen und das sie schon immer besitzen haben; dann fallen auch alle landesrechtlichen reaktionären Einschränkungen dahin, dann erhalten endlich die deutschen Arbeiter das von ihnen seit Jahrzehnten geforderte freie Vereinsrecht. Dann aber hat das Vereins- oder Koalitionsrecht überhaupt auch nichts in der Gewerbeordnung zu tun, dann soll ein Reichsvereinsgesetz geschaffen werden mit der einzigen Bestimmung: „Jedermann steht das Recht zu, sich zu vereinigen.“ Ob sich dann die Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch oder in beiden Formen organisieren, das geht die Regierung und ihre Polizei nichts an, sie sind endlich politisch reif und sie haben daher auch die ewige Bevormundung- und Beaufsichtigung durch die Polizei satt. Der absolutistische Staat mit dem beschränkten Untertanenverstand ist zertrümmert, er ist für immer dahin und heute gilt es, aus dem Polizei- und Militärstaat einen Wohlfahrtsstaat zu machen.

Der § 153 der Gewerbeordnung erscheint nach den vorstehenden Ausführungen so überflüssig wie der § 152 und es muß daher mit aller Entschiedenheit seine Streichung gefordert werden. Lassen sich die Arbeiter bei Streiks zc. Vergehen oder Verbrechen zu Schulden kommen, so besteht dafür das allgemeine Strafgesetz. Die gegen die Arbeiter gerichteten und auch nur gegen sie angewandten Bestimmungen des § 153 sind ein Ausnahmegesetz, eben, wie schon anfangs

bemerkt, der Galgen neben dem Koalitionsrecht. Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein, sie hat seinerzeit auch der Zentrumsführer Dr. Lieber im Reichstag zum Ausdruck gebracht und zwar bei der Behandlung der Buchhausvorlage. Aber auch weitere bürgerliche Kreise stehen auf demselben Standpunkt, und insbesondere stoßen auch sie sich daran, daß der § 153 nur Gefängnisstrafe vorsieht, so daß selbst das kleinste Vergehen, das sonst vielleicht mit einer kleinen Geldbuße geahndet würde, mit Gefängnis bestraft werden muß und so der kämpfende Arbeiter immer mit einem Fuße im Gefängnis steht. Zu der in §§ 152 und 153 sonst so ängstlichen Beschützung der „persönlichen Freiheit“, das heißt der Freiheit der Streikbrecher, steht diese ausnahmsgezügliche Strenge gegen ehrliche Arbeiter in schreiendstem Gegensatz, der grell die Sorte Liberalismus beleuchtet, die 1869 das Koalitionsrecht schuf, das man nur in Gänsefüßchen schreiben sollte.

Wir werden in einem weiteren Artikel noch auf die „Schönheiten“ des Koalitionsrechtes der deutschen Arbeiter zu sprechen kommen, heute schließen wir mit der Forderung: Fort mit den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung und Schaffung eines freien Reichsvereinsrechtes.

Die Organisation der Industriellen.

I.

Der harte Kampf der streikenden und ausgesperrten Berliner Metallarbeiter hat mit einer Niederlage geendet. Als die Streikleitung unseren Kollegen den Rechenschaftsbericht gab, hat sie eingestanden, die Macht der Unternehmer unterschätzt zu haben. Von allen Seiten sei den Röhrenmännern Unterstützung zugesprochen, die streikenden Metallarbeiter hätten die ganze Organisation der deutschen Metallindustriellen gegen sich gehabt.

Wir haben in Deutschland während des letzten Jahres mehrere große Aussperrungen erlebt, die von der Unternehmerorganisation ausgingen, um partielle Streiks in den Betrieben der Verbündeten niederzuschlagen. Hierohn, Birmafeld, Koesfeld, dann Berlin und der noch tobende Kampf in Grimnitzau zeigten in der Hauptsache das gleiche Bild: Zuerst ein kleiner Ausfall in einigen Betrieben; die Arbeiter beharren auf ihren Forderungen, die Unternehmer auf ihrer Ablehnung. Unterhandlungen werden meistens unternehmerseits verweigert. Statt Vereinbarung wird der Spieß von den Industriellen umgedreht — die sämtlichen Betriebe der betreffenden Branche am Orte oder auch im ganzen Revier oder Land werden stillgelegt, die Arbeiter sind ausgesperrt. Neben den genannten großen Aussperrungen sind insbesondere im Baugewerbe zahlreiche „Lockouts“ vorgekommen, alle nach der gleichen Schablone gearbeitet, ein Zeugnis für die Systematik der neuesten Kapitalistenakt. Wer diese Phase im gewerkschaftlichen Kampfe aufmerksam beobachtet hat, kann nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß wir bei jedem Streik, mag er noch so klein sein, mit der Entwicklung der vollen Macht der Unternehmerorganisation rechnen müssen, wollen wir uns vor Überraschungen hüten!

In diesem Blatte haben wir schon seit Jahren hingewiesen auf die Umwälzungen in der Eisen- und Stahlbereitung, Umwälzungen der Technik, die den ganzen Produktionsprozeß revolutionieren, den Werksanlagen ein total anderes Aussehen geben. Wir leben mitten in einer Periode großartiger Werkskombinationen, die „reinen“ Hütten- und Walzwerke, Maschinenbauanstalten und feinmechanischen Stahlbetriebe zc. verlieren ständig an Boden. Der kombinierte Betrieb, in dem das Rohprodukt (Erze) bis zum vollendetsten Fertigfabrikat (Maschinen, Instrumente zc.) verarbeitet wird, ist das Ziel, dem unsere Industriellen nachstreben müssen. Wo diese mannigfaltige Produktion nicht örtlich vereinigt ist, befinden sich lokalzerstreute Werkstätten im Besitz ein und derselben Gesellschaft. In Lothringen-Luxemburg wird das Erz gegraben und verhüttet, in Rheinland-Westfalen zu Flußeisen beziehungsweise Flußstahl in Blöcken, Schienen, Trägern, Achsen, Fassongußstücken weiter verarbeitet, um in den Maschinen- und Armaturfabriken in Sachsen, Berlin, Thüringen, Süddeutschland zc. die endliche Form zu bekommen. Ein Blick in das Handelsregister und Handbuch für Aktien-gesellschaften lehrt uns, daß Geldleute zugleich an fäb-, westmittel- und ostdeutschen Gruben, Hütten und Fabriken stark beteiligt sind. Der Berliner Kommerzienrat hat direkten oder indirekten Einfluß auf die Produktionsstätten in ganz Deutschland und weit darüber hinaus. Unsere großen Banken beherrschen immer mehr die industriellen Betriebe, weil fast alle ohne den Bankier nicht lebensfähig sind. Greifen wir also streikend das Unternehmertum irgend einer Branche an irgend einem Orte an, so stellt sich hinter den angegriffenen oder auch angreifenden Unternehmer entweder die Gesellschaft

der anderen Werksinteressen (Aktionäre, Teilhaber, Geschäftsfreund), oder wir bekommen es sogar mit der Goldgrube eines riesigen Bankhauses zu tun, welches eventuell durch Repressalien die Solidarität der Unternehmer in der betreffenden Branche erzwingt. Es sei nur daran erinnert, daß Unternehmer, die sich nicht an einer Aussperrung beteiligen, kein Material mehr von ihren Rohstofflieferanten geliefert bekommen! Hier zeigte sich der große Einfluß des hinter den Kulissen wirkenden Konjunktions der Weltleute. Der Glaube, bei späteren großen Streiks und Aussperrungen würden sich stets eine Anzahl Unternehmer ihren Kollegen nicht anschließen, darf in unseren Kreisen nicht gepflegt werden, denn zweifellos wird in Zukunft die Boykottierung des nicht aussperrenden Fabrikanten durch die Kapitalisten noch systematischer organisiert.

Daß sich die Kapitalien fortschreitend stärker in den Händen relativ weniger Personen sammeln, kann man jederzeit in den handelspolitischen Publikationen nachkontrollieren; insbesondere geht diese Akkumulation des Kapitals rasch vor sich in der Bergwerks-, Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie. Wenn eine Person an 20 bis 30 industriellen Werken hervorragend beteiligt ist, wird auch leichter das Gefühl der Solidarität unter den Besitzern wirksam. Je kombinierter die Betriebe, um so mehr wird die Besitzer die Lust anwenden, einen partiellen Streik mit der Aussperrung aller Beschäftigten zu beantworten, zumal dadurch sich unter Umständen Vorteile für den Aussperrter ergeben! Wo die eine Fabrik auf die andere, der eine Werksteil auf den anderen angewiesen ist, weil sie sich in die Hände arbeiten müssen, da kann ein partieller Streik oder eine teilweise Aussperrung dem Unternehmer größeren Schaden zufügen, wie wenn er „die ganze Bude zumacht“. Auf diesen Umstand wird in Gewerkschaftskreisen viel zu wenig geachtet; man hat nur selten eine genaue Kenntnis von den Existenzmöglichkeiten und der Organisation des fraglichen industriellen Zweiges. Immer wieder muß daher betont werden, wie hochwichtig die Kenntnis des Marktes und das Studium des Werksorganismus ist. Auch für die Gewerkschaftler hat es eine Zeit der Steinerschloßgewehr und des schneidenden Frontalangriffs gegeben; heute müssen wir die „Burenaktik“ der sorgfältigen Terrainsondierung und -Ausnutzung kultivieren, bevor wir dem Feind entgegenreten.

Was die außerordentlich stark verbreitete Personalunion in der Leitung und dem Besitz der Produktionsstätten in der Kapitalistenolidarität lüdenhaft läßt, das fällen die zahlreichen Verbände der einzelnen Werksbesitzer immer besser aus. Nach einer Statistik des Reichsamtes des Innern gab es 1901 schon über 3000 Organisationen gewerblicher Unternehmer! Die Berliner Metallarbeiter hatten es in der Tat nicht nur mit dem Rühnenännerbund, sondern faktisch mit dem organisierten Unternehmertum der ganzen deutschen Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zu tun, schließlich mit allen Unternehmerverbänden Deutschlands. Der „Verband Berliner Metallindustrieller“ (gegründet 1886, letzte Mitgliederangabe 117 mit circa 31000 Arbeitern) ist nur eine Gruppe im Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller. Dieser ist 1890 gegründet, hatte anfangs 1902 in 28 Bezirksverbänden, 2 angeschlossenen Vereinen und 26 Einzelbetrieben, 2471 Mitglieder, die 278 703 Arbeiter beschäftigten! Im Statut des Gesamtverbandes wird als sein Zweck bezeichnet:

„Das Wohl (!) der in der deutschen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter fortgesetzt werktätig zu fördern — unberechtigte der Arbeitnehmer, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig (!) vorzuschreiben und insbesondere die zu diesem Zwecke geplanten oder veranstalteten Ausstände gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen; — andere wirtschaftliche, die gemeinsamen Interessen berührende Fragen zu beraten und die Ansjamungen des Verbandes in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen.“

Unsere Kollegen müssen sich mit der Tatsache vertraut machen, daß die Unternehmerverbände die Streifolgen „unschädlich“ machen durch Erfaß des entstehenden Schadens aus besonderen Fonds (Streifversicherung). Lebe also kein Kollege der Ansicht, der Streik würde den Unternehmer unter allen Umständen in finanzielle Sorge stürzen. In der Bergwerks- und Hüttenindustrie sind Streifschutzverträge zwischen den Unternehmern geschlossen, auf Grund deren ein Arbeiterausstand dem betreffenden Werksbesitzer mindestens den gleichen Nutzen bringt als wenn der Betrieb in Tätigkeit bliebe. Daraus erklärt sich auch ein gut Teil der unternehmerischen Mißachtung der Arbeiterrechte.

Der „Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller“ besitzt in Berlin SO. 33, Sörlicher Ufer 9, seine Hauptgeschäftsstelle; jeder Bezirksverband hat sein Zweigbüro. Außerdem besitzt der Gesamtverband Arbeitsnachweiskstellen, besser „Arbeitswilligen“-Bejorgungsstellen in Berlin N. (Gartenstraße 160), Berlin S. 14 (Dresdenerstraße 111), Braunschweig (Wilhelmstraße 98), Chemnitz (Lohstraße 37), Dresden (Flauminstraße 9), Halle a. S. (Hardenbergstraße 4, 1), Hamburg (bei d. gr. Michaeliskirche), Hannover (Lindenerstraße 42), Leipzig (Matthäikirchhof 2), Lübeck (Fischergarben 90), Magdeburg (Wilhelmstraße 2). Diese Bureaus sind der besondern Beachtung der betreffenden Gewerkschaftsleiter zu empfehlen, denn von hier aus wird die Überschwemmung eines Ausstandsgebietes mit „Arbeitswilligen“ organisiert! Auch andere Branchen, nicht nur die Metallarbeiter, sind durch jene Bureaus mit Streifbürgern versorgt worden. Oberhaupt besteht eine Hauptleitung der Unternehmerverbände darin, möglichst schnell und zahlreich Streifbrecher herbeizuschaffen. Man wundert sich in den Streifleitungen, daß, wo denn auf einmal die Scharen von Ausstößlingen herkommen, während sonst der Ort nie überfüllt an Händen hatte. Die Kletterer werden durch die zahlreichen „Arbeitsnachweiskstellen“ der Fabrikanten zum Vordringen auf die um bessere Arbeitsbedingungen kämpfende Schar dirigiert. Deshalb auch die Mut über das Streifvorkommen und das Gekröche über „Terrorismus“

der Gewerkschaften, wenn einem der arbeitswilligen Gesellschaften nur ein böser Blick zugeworfen wird. Deshalb der Jubel der Werkpresse über die harten gerichtlichen Verurteilungen der „Gewerkschaftsterroristen“ in Breslau, Düsseldorf, Halle zc. Und es ehrt den kapitalistischen Sinn der von M.-Glabbad aus gespeisten christlichen Zentrums- und Gewerksvereinspresse, daß sie im Verein mit der Arbeitgeberzeitung heulen über den „gewalttätigen Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftler“, die gar nicht einsehen wollen, ein wie ehrenhaftes Wesen ein Arbeitswilliger ist.

Würde die Macht des „Gesamtverbandes“ zum Niederrücken unserer Kämpfer in Berlin nicht ausgereicht haben, so hätte der Zentralverband Deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit mobil gemacht! Möglich, daß er schon in Aktion trat, um seine herzlichste Rühnenännertruppe vor einer Niederlage zu bewahren. Der „Gesamtverband“ ist Mitglied des „Zentralverbandes“, also hat auch der den ersten angehörende Verband Berliner Metallindustriellen Anrecht auf den mächtigen Schutz des Ministerfürzers G. A. Bueck, Generalsekretär des fast allmächtigen Zentralverbandes. Ihm gehören an 12 „Vereine zur Wahrung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen“ (der Unternehmer natürlich), 27 Handels- und Gewerbekammern, 8 Berufsgenossenschaften, 30 Vereinigungen der Kohlen- und Eisenindustriellen, 7 Vereinigungen der Metallindustrie, 17 Textilindustrie-Verbände, 4 Vereinigungen der Papierindustrie, 4 Verbände der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, 11 Vereinigungen der Industrie der Steine und Erden; 3 Verbände der chemischen Industrie, insgesamt 1901/1902: 454 Einzelmitglieder, 123 wirtschaftliche und industrielle Verbände mit zusammen etwa 35000 Mitglieder. In den Werken derselben schaffen zwei bis drei Millionen Arbeiter!

Gegründet ist der oberste Scharmacher-Verband 1876; auch er will „die Regelung der Arbeiterverhältnisse“. Wie das gemeint ist, sagen uns die Namen Bueck, Jenke, Tille, Beumer u. s. w. Vielleicht hat der Zentralverband schon aktiv (durch Geldmittel behufs Entschädigung bald müde gewordener Fabrikanten oder durch Vermittlung von Streifarbeit zc.) in den Berliner Metallarbeiterkampf eingegriffen. Jedenfalls ist die Zentrale aber tätig gewesen zur Stärkung der Fabrikanten in mindestens passiver Weise. Die Bueck zc. stemeln jeden Streik sofort zur „Machtprobe“ und bieten alles auf, um vertagliche Anerkennung der Arbeiteransprüche zu verhindern. So verstehen die Scharmachersekretäre „die Regelung der Arbeiterverhältnisse“. Man täusche sich also unfererseits nicht über den Charakter und die Macht des Gegners. Der isolierte Unternehmer ist eine Seltenheit geworden, der organisierte die fast ausnahmslose Regel. In dem einzelnen Unternehmer müssen wir stets das Mitglied einer wohlorganisierten Interessengruppe erblicken, wenn wir vor Überraschung und Selbsttäuschung bewahrt bleiben wollen. Wie wohlorganisiert und weitverbreitet die Unternehmer schon sind, wie sich die einzelnen Verbände ergänzen und in die Hände arbeiten, das soll in einem zweiten Artikel gezeigt werden. D. G.

Bülow der Sozialistenfresser.

Im kommenden Januar werden es nun gerade elf Jahre, daß der Abgeordnete Bachem aus dem heiligen Köln in lebhafter und lebendiger Weise auf der Tribüne des Reichstags forderte, die Sozialdemokratie möge doch endlich einmal erklären, was sie denn eigentlich wolle. Es verlangte den edlen Kämpfer nach einer Darstellung des sozialistischen „Zukunftsstaats“. Die Antwort auf seine Frage sind ihm damals Bebel und Liebknecht nicht schuldig geblieben und seit jener Tagen der großen Sozialistendebatte hängt ihm der treffende Name Blechschmied an, der in der Zolldebatte noch eine kleine Ergänzung erfuhr. Bachems Ruhm als Blechschmied hat den Reichstagsler Grafen Bülow seit dem 16. Juni nicht mehr schlafen lassen. Er scheint seine nicht eben knapp bemessene Waage auf Nordberner und Klein-Flottbeck in diesem Jahre zu einem ebenso fleißigen wie erfolgreichem Studium eugenischer Broschüren verwandt zu haben und erschütterte den Reichstag am 10. Dezember mit einer netzlichen Rede gegen den Zukunftsstaat.

Man dürfte ohne jede Gefahr für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens diese Kanzlerrede im Volke verbreiten, ohne ihr ein Wort der Entgegnung zu widmen. Die Arbeiter würden darin nur die Befätigung jenes Wortes finden, das einmal ein anderer Kanzler, der alte Schwabe Opersheimer, aussprach: „Mein Sohn, du glaubst gar nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“ Aber um der böswilligen und sicher auftauchenden Bemerkung zu entgehen, der Sozialismus habe und finde keine Entgegnung auf Bülows Ausföhrungen, soll hier ganz kurz auf die Sache selbst eingegangen werden.

Die Sozialdemokratie, so meinte der „geistige Erbeiter“ Graf Bülow, habe nun schon zwanzig und mehr Jahre verstreichen lassen, ohne den Operationsplan zur Verfassung vorzulegen; sie kündige den Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsepoche als nahe bevorstehend an und müsse demnach doch den Plan des Zukunftsstaats „in allen Details“ genau ausgearbeitet haben. Er habe trotz reblichen Wemühens und jahrelanger Arbeit nur ein paar Zeilen von Liebknecht über den Ausbau des Zukunftsstaats finden können, und auch die besagten Zeilen wenig; „ich bin also vollkommen berechtigt, zu sagen, daß es der Sprung eines Blinden ins Dunkle ist, den die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Agitation uns zumutet... Wenn es wirklich zur Durchführung ihres Parteiprogramms käme, so käme das auf die Schaffung eines riesigen Zuchthauses hinaus... Die Menschen müßten erst Engel werden“ u. s. w. mit Grazie.

Wir wollen ganz von dem unneren Widerspruch in dieser Darlegung absehen, daß die Menschheit erst Engel werden müßten, um ein riesiges Zuchthaus zu schaffen; wir wollen auch absehen davon, daß erst wenige Minuten vorher Bebel ein Bild vom Gegenwartszuchthausstaat gegeben hatte, als er über die unerhörten Maßnahmen der sächsischen Behörden in Kämpfe der Erismischauer Weber sprach: Wir wollen nur feststellen, daß der Graf Bülow mit allen seinen Deklamationen einen bedauerlichen und bei seiner antilichen Reichsstellung geradezu gefährlichen Mangel an Wissen gezeigt hat. Es ist lange, lange her, daß die sozialen Reuener die Ausföhrbarkeit ihrer Ideen dadurch zu beweisen suchten, daß sie einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan einer neuen sozialen Organisation aufstellten, aus dem alle Übel der heutigen Gesellschaftsordnung ausgegrenzt waren. So handelten die Utopiker, von Plato und Thomas More bis auf Babeuf, Cabet und St. Simon. Sie alle stellten sich ihre ideale Gesellschaft für deren Protaganda sie ebenfo

energisch kämpften, ebenso hart litten, wie die heutigen Sozialisten für die Verbreitung ihrer Ideen, als einen Zustand vollkommensten Gleichgewichtes dar; eine organische Umwandlung sei fernzuehnen weder notwendig noch auch möglich.

Darwin, Comte, Spencer, Marx, das sind die Namen der Männer, die uns seitdem gelehrt haben, daß eine soziale Umgestaltung nicht so aufgebaut werden darf. Wir wissen, daß es keinen unveränderlichen und unveränderbaren Zustand der menschlichen Gesellschaft gibt. „Die Notwendigkeit beständiger Wachstums und beständiger Entwicklung des sozialen Organismus ist zu einem Axiom geworden“, das heißt zu einem Lehrsatz, der keines besonderen Beweises mehr bedarf, sondern als Ausgangspunkt aller Erörterungen zu dienen hat. Kein vernünftiger Mensch erwartet heute noch etwas anderes als ein allmächtiges Heraufwachsen einer neuen Organisation der menschlichen Gesellschaft aus der alten. Die Veränderungen vom alten zum neuen hin sind oft unmerklich, aber ihre Folge ist ununterbrochen. Im Schoße der heutigen Gesellschaft entstehen die Kräfte, die das Neue heraufföhren; unabhängig vom Willen des Einzelnen geht die Entwicklung vor sich, aber nicht als ein blindwaltetes Fatum, dem sich die Menschheit als Spielball in die Hand gegeben sieht, sondern mit der Sicherheit des Naturgesetzes, das wir zu erkennen und zu modifizieren vermögen. Während die Sozialisten selbst heute nichts anderes mehr verteidigen als ein Prinzip gesellschaftlicher Organisation, das sich als Folge der industriellen Revolution und der Demokratie durchsetzt, hat, wie Webb mit Recht einmal sagt, „doch die lanbläufige Kritik von diesem Wechsel der Anschauungen noch nicht Notiz genommen und beschäftigt sich noch immer mit den veralteten Utopien, die der Zeit vor der Revolution entstammten“. Es ist schlechthin töricht, wenn der Kanzler Graf Bülow damit bramaflert, der „Staat“ werde sich die sozialistische Gefahr vom Halse zu halten wissen, werde sich „verteidigen“. Dieser Staat ist eine Summe stets wechselnder Kräfte, der Zuegriff von Machtgruppen, die sich in ihrer Zusammenfassung, ihrer Bedeutung und ihrer Zukunft beständig wandeln. „Mit dem unklaren Gefühl, daß der Sozialismus zu jenen utopischen Phantastereien gehöre, die man schon in ihrer Jugend als unausföhbares Ideal der humanitätsdufeligen Franzosen abgetan hatte, gehen unsere Staatsmänner einher, wie ein unbeholfener Bauer in den Straßen einer Großstadt“ (Webb).

Aber nicht allein töricht, sondern auch gefährlich ist die Unwissenheit der Staatsmänner. Sie ist es gerade, die uns in die Gefahr katastrophaler Ereignisse bringt. Wenn man einem Manne die Leitung der Staatsgeschäfte anvertraut, der die Monarchie, den Kapitalismus und ähnliche Dinge als außerhalb des Flusses der Entwicklung stehend betrachtet, dann handelt man gerade so, wie wenn man einem frisch aus der Wildnis geholten Pottentotten die Wartung eines Dampfessels übertragen wollte. Täglich mehrt sich die Schaar derer, die erkannt haben, daß das naturnotwendige Ziel unserer Entwicklung dieses sein muß: das Volk muß die Kontrolle nicht nur über seine politische Organisation, sondern auch über seine hauptsächlichsten Produktionsmittel erlangen. Aber auf der anderen Seite drängen sich immer enger aneinander die Verteidiger des „Bestehenden“, welches ihnen das schlechthin Gute ist. Sie verschließen ihre Augen gegen das, was um sie her vorgeht, phantastieren von den „Umsturzgeleusen“ der Ausgebeuteten und Geknechteten und glauben, sie könnten auf Bajonetten sitzen. Hätten wir nichts als Utopien auf unserer Seite, dann könnte man rasch mit uns fertig werden; da aber die Entwicklung der Dinge selbst für uns ist, gibt es keine Gewalt, die uns aufhalten könnte. Aber der Unverstand und das Nichtwissen unserer Gegner legt uns doppelte und dreifache Verpflichtungen in Emanzipationstampf der Arbeit auf; wir müssen sogar dafür sorgen, daß jene nicht unter die Räder kommen.

Gewerkschaftskonferenz für Rheinland-Westfalen.

Am 29. November fand in Essen die zweite Konferenz der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften statt; die erste tagte in Eibersfeld, wo eine aus bejodeten Gauleitern der Zentralverbände zusammengejegte Agitationskommission gewählt war, mit dem Sitz in Eibersfeld. Der Vorsitzende dieser Kommission, Erlise (Schneider), berief und leitete auch die Essener Konferenz. Vertreten waren 72 Delegierte von 26 Gewerkschaftskartellen, 11 Branchenlokalen und 21 Gauleitungen beziehungsweise Agitationskommission der Zentralverbände. Gauleiter, zum größten Teile bejodet, haben bisher in Rheinland-Westfalen angestellt: die Textilarbeiter, Schneider, Buchdrucker, Bergleute, Maschinisten, Porzellaner, Bauarbeiter, Maler, Dachdecker, Bäcker, Buchbinder, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Schmiede, Tapezierer, Schuhmacher, Maurer, Holzarbeiter, Brauer. Kartellvertreter waren aus den entferntesten Teilen der Provinzen, zum Beispiel aus Saarbrücken, Lippstadt, Münster, Aachen, Bielefeld, Koblenz u. s. w. anwesend. Der Konferenzleiter hob hervor, daß über 100000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter Rheinland-Westfalens repräsentiert wurden. Die Gewerkschaftsbewegung in Rheinland-Westfalen habe sich in den letzten Jahren mächtig entwickelt, die Zeiten seien bald dahin, wo man unseren Bezirk zu den gewerkschaftlich rüdfähigsten rechnen könnte. Die freien Gewerkschaften zum Teil großartige Erfolge erzielt, insbesondere habe sich die Arbeiterschaft der Kanonenfabrik Essen rühmlichst ausgezeichnet. Weitere Fortschritte in gemeinsamer Arbeit aller Kollegen vorzubereiten, deshalb sei die Konferenz einberufen.

Dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Taktik bei Lohnkämpfen und Aussperrungen wurde ein Referat und eine mehrstündige Diskussion gewidmet. Alle Redner betonten die Notwendigkeit, sich der neuen Taktik der Aussperrungen anzupassen durch engeren Zusammenschluß der Einzelverbände und Orte, Studium der Maxillage und vor allem der Unternehmerorganisationen. Allgemein wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Aussperrungen, selbst wenn sie mit der Niederlage der Arbeiter endeten, uns nur vorübergehend schädeten. „Wir Arbeiter haben ja doch nichts zu verlieren!“ Die ausgesperrte unorganisierte Masse würde revolutioniert, auf die Gefahren und Notwendigkeit der Gewerkschaften mit Gewalt aufmerksam gemacht, während sie sonst nicht einmal in eine Versammlung zu bekommen sei. Die Aussperrungen der Bauarbeiter hätten verschiedenen Ortes die Folge gehabt, daß man dort Tarifverträge abgeschlossen sind, denn die Bauherren sahen ein, daß dieser Aussperrungskrieg ihnen nichts nütze, aber großen Schaden zufüge und trotzdem die Gewerkschaften nicht vernichtete. Einige Redner wollten auch schon ein Nachlassen des Aussperrungsfebers bemerkt haben, andere betonten aber nachdrücklich, wir können erst im Beginn einer neuen Unternehmertaktik, die zweifellos vorerst systematischer ausgebildet und dann umfangreicher praktiziert würde. Die Unternehmerverbände zentralisierten sich noch besser, sie schafften sich starke Fonds an, aus welchen man die von Streik oder Aussperrung betroffenen Mitglieder entschädige. Daher sei Vorrat geboten bei Einleitung von Streiks: um relativ geringfügiger Ursachen (Maßregelung einiger Kollegen, Beseitigung unheiliger Beamten zc.) willen dürfe nicht mehr so schnell gestreikt werden, wie das hier und da immer noch geschehe. Jeder Kampf müsse zunächst reichlich mit den Berufsgegenossen am Orte und im Bezirk erzogen werden, sodann seien die Vertreter der anderen Branchen mit zu Rate zu ziehen, denn in Zukunft würde es sich selten noch um den Streik beziehungsweise Aussperrung in einer Branche handeln, sondern es liege in der Unternehmertaktik, einen möglichst großen Kreis von Arbeitern auszusperrten, weit hinaus über den ursprünglichen in Betracht kommenden Bezirk. Die Unternehmer praktizierten den Generalstreik, den die Gewerkschaften verwerfen. Wenn ein großer Kampf, wie zum Beispiel jetzt in Erimischau tobe, hätten die gesamten Arbeiterkräfte sich zur Gewinnung dieses Kampfes zu

konzentrieren, andere Aktionen müssten dann vertagt werden. Mit den „Christlichen“ sei jetzt noch weniger wie früher hinsichtlich ihrer Zahl zu rechnen, als mit dem moralischen Einbruch, den ihre Abwanderung auf die Öffentlichkeit ausübe. Die Arbeitererschaft würde unsicher gemacht, wenn sie an eine mögliche Keiltreiberi der „Christlichen“ dächten, auch wenn ihre Zahl gering sei, würde diese Zerteilung deprimierend auf die Arbeitererschaft. Übrigens konzentrieren die betreffenden Redner aus ihrer Erfahrung heraus den Rückgang der Zentrumsgewerkschaften selbst in ihren nieder-rheinischen Stammes. Wo sie sich stets ablehnend und verhehrend gegen die freien Verbände verhielten, verlor die „Christlichen“ noch schneller an Boden. Einzigliche und von den kirchlichen Hintermännern nicht so stark beeinflusste Zentrumsgewerkschaftler zogen es vor, Bündnisse mit uns abzuschließen. Wo dieses Schreiben hervortrat, dürfte es unsererseits nicht abgewiesen werden, denn sonst kämen die Leute noch stärker in die Gewalt der Arbeiterfeinde. Man solle die „Christlichen“ weder abstoßend noch anerkennend behandeln, sondern stets ruhig beobachten, wohin ihr Weg führe. Stets müsse unser Wille auf genaues Studium der wirtschaftlichen Bedingungen und der Entwicklung der feindlichen Macht gerichtet sein. Vielseitig sei deren Vorgehen, vielseitig müsse auch unser Angriff und unsere Abwehr sein. Nach Schema F liegen sich die gewerkschaftlichen Kämpfe nicht führen. Es müsse genügen die gegenseitige Rücksicht, Beilegung und Unterjüngung und das Eingreifen in den Kampf nach gründlicher Überlegung der Einzelfälle. Darum sei ein formeller Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt nicht angingig.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung erlittete die Agitationskommission ihren Tätigkeitsbericht. Sie hat sofort nach ihrer Konstituierung ein „Adressenverzeichnis“ aller freigewerkschaftlichen Organisationen (Kartelle, Brandensittalen, Agitationskomitees, Arbeitersekretariate, Rechtschutzbüros) und Gewerkschaftsangehörige in Rheinland-Westfalen herausgegeben. Dieses Verzeichnis hat den Kollegen schon manchen Dienst erwiesen, indem sie nun die örtlichen Gewerkschaftsleiter, Lokale u. s. w. kennen lernten, was die Anknüpfung neuer Verbindungen ermöglichte. Die Agitationskommission hat auch eine ganze Reihe Versammlungen mit Referenten versorgt und mancherlei Anweisungen zur Betreibung der Agitation in „ganz dunklen Gegenden“ gegeben. Für die Presse sind eine Anzahl Artikel verfasst worden über die Zahl und Einrichtung der rheinisch-westfälischen Unternehmerverbände, Arbeiterkämpfe im Bezirk, praktische Resultate der Gewerkschaften u. s. w. Hierdurch seien erst manche Klassenangehörigen aufmerksam geworden auf unsere Bewegung. Beabsichtigt sei eine ständige Berichterstattung über den Arbeitsmarkt, aber es fehle den in Frage kommenden Kollegen an Zeit (sie sind alle für ihren speziellen Beruf angestrengt tätig), der Agitationskommission fehle es an Geld. Die Generalkommission habe sich auf dieses Schreiben bereit erklärt, vierteljährlich 100 Mk. zur Deckung der Unkosten herzugeben. Aber das reicht nicht für die großen Anforderungen, die an uns gestellt werden in dem riesigen rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Das Adressenverzeichnis solle eigentlich alle drei Monate ergänzt beziehungsweise erneuert werden, aber so lange keine Mittel da sind, müssen wir uns mit jährlicher Erneuerung begnügen. Wenn eine besondere Kraft für die Arbeiten der Agitationskommission ange stellt sei, würde sie ihr Programm vollständig ausführen können. Dahin müsse gewirkt werden in Betracht der hier in Betracht kommenden kolossalen Arbeiterarmee.

In der Diskussion wurde allseitig das Wirken der Agitationskommission lobend anerkannt; sie habe in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon ihre Existenzberechtigung bewiesen. Angeregt wurde die Herausgabe eines Referentenachweises im Adressenverzeichnis, die Abhaltung von Vortragskursen, Berichterstattung über den Arbeitsmarkt, Unterjüngung der kleinen Vereine. Beschlüssen wurde:

1. Jährliche Herausgabe des Adressenverzeichnisses.
2. Wenn möglich monatliche Berichterstattung über den Arbeitsmarkt.
3. Die Generalkommission soll sich mehr um die schwachen Verbände im Industriegebiet bemühen.
4. Herausgabe eines Rednerverzeichnisses.
5. Regelmäßige Veröffentlichung der wichtigsten Daten (Löhne, Leistung, Streiks) aus der Gewerkschaftsbewegung Rheinland-Westfalens.
6. Aufruf für die Grummitschauer.
7. Jährliche Abhaltung der Konferenzen, im Bedarfsfall öftere.

Eine Resolution zugunsten der Grummitschauer fand einstimmige Annahme, durch eine sofort vorgenommene Lesersammlung wurde die Solidarität mit den Ausgesprochenen auch praktisch befestigt. Von Düsseldorf waren Anträge gestellt betreffend beste Form der Gewerkschaftsstartelle, Proporzionalwahlsystem, Organisationsorganisation der Gewerkschaftsvertreter. Die Anträge wurden für die nächste Konferenz zurückgestellt. Dann schloß der Vorsitzende die in sachlicher Weise verlaufenen Verhandlungen mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung.

gliedern des Siegerlandes diene zur Nachricht, daß wir gezwungen waren, das Vorstandsmittglied Schneider-Hersdorf, den Rechtschutzbeamten Will-Gierfeld und das Mitglied Gustav Ermet, Statuts aus dem Gewerksverein auszuschließen, weil sie den Satzungen des Vereins grüßlich zuwider handelten und die Eintracht durch beabsichtigte Abtrennung von Mitgliederguppen im Siegerland vom Gewerksverein. Diese Leute sind anscheinend bei der Übernahme der Siegerländer Kameraden nicht auf ihre Rechnung gekommen und verfolgen nur persönliche Zwecke. Daß eine Abtrennung von Mitgliederguppen von unserem Gewerksverein diesen Gruppen nicht dienen kann und sie dadurch völlig isoliert und abklar auf der Hand. Danach fragen aber befehllich selbständige Streiber nicht, wenn sie nur ihre persönlichen Wünsche befriedigt sehen. Die Kameraden und Ausschussmitglieder des Siegerlandes werden daher vor dem Treiben dieser Leute gewarnt, sie in ehrenloser Weise und verächtlich und auf unschuldig, sich befehlen, die Interessen der Siegerländer Kameraden hinteran zu Ermet, Will und Schneider dürfen in unseren Versammlungen nicht mehr zum Worte gelassen werden, da sie die Unwahrheit sagen. So hat Ermet schon in einer Versammlung in Daaden am 22. November einen ganzen Haufen Unvorsichtiger antwortend die Verächtlichungen ausgetrieben, auf die unser Vorsitzender antwortend wird. Die Ausschussmitglieder des Siegerlandes sollen in kürzester Frist zu einer Konferenz zusammengeführt werden, damit sie ein neues Vorstandsmittglied für das Siegerland wählen.

Zweifellos wird die Sache mit dem Ausschluß der Siegerländer Rebellen nicht abgetan sein, ob es zum Bruch und direkten Abfall der Siegerländer überhaupt vom Gewerksverein kommt, wird ja wohl auf der angeforderten Konferenz zur Entscheidung kommen.

Daß Brust dies fürchtet, darüber läßt sein Befehl, die Rebellen in den Versammlungen nicht mehr zum Worte kommen zu lassen, keinen Zweifel. Sollte aber eine Trennung der Siegerländer Bergleute vom Gewerksverein christlicher Bergleute erfolgen, so wird der christlichen Metallarbeiter Deutschlands wohl nur eine Frage der Zeit sein.

Der Polizei-Eifer gegen den anständigen Teil der Arbeiterschaft.

Das Schöffengericht zu Moabit (Berlin) hatte, wie der Vormerkts berichtet, am 7. Dezember wieder über eine Serie von Strafmandaten zu entscheiden, die einer Reihe von Streikposten anlässlich des bekannten Streiks bei Wehlich polizeilich indiziert worden waren. Es handelte sich um siebzehn Fälle; in sechzehn Fällen sollten sich die Beschuldigten wie gewöhnlich gegen die berühmte Straßenordnung vergangen haben, in einem Falle wurde dem Angeklagten grober Ungehorsam vorgeworfen. Wieder war es das alte Lied: Sämtlichen Angeklagten war während der Dauer des Streiks der Aufenthalt in der Sophienstraße wie auch in den angrenzenden Straßenzügen verboten worden. Als sie sich demgegenüber auf das Koalitionsrecht beriefen, wurden sie einfach wie Verbrecher zur Wache sifitert und teilweise sogar im „grünen Wagen“ nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo man sie 24 Stunden lang einsperrte. Eine Angeklagte — es befanden sich nämlich auch mehrere Arbeiterinnen darunter — hat ihrer Angabe nach bei der Sifitierung von dem betreffenden Nachkommanden noch einen heftigen Stoß vor die Brust erlitten. Zu der Sache waren nicht weniger wie 35 Zeugen geladen, darunter einige 20 Schulleute nebst drei Polizeileutnants. Die Beweisaufnahme ergab sich in mehr als einer Hinsicht außerordentlich interessant, besonders was die Aussagen der Polizeibeamten betraf. Durch die gesamten Befragungen der Beamten, einschließlich der Offiziere, zog sich wie ein roter Faden die Auffassung hindurch, daß gegen streikende Arbeiter mit aller polizeilich zulässigen Schärfe vorgegangen werden müsse, weil es eben streikende Arbeiter sind. Die Aussagen darüber, ob die Streikenden jemand bedroht und befehligt oder die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie die Bequemlichkeit des Verkehrs gestört hätten, waren fast alle gleichlautend; ebenso die Meinung darüber, worin dem diese Befähigungen, Verkehrsstörungen u. dgl. bestanden haben sollen. Immer lautete die stereotypische Antwort: Ja, der Angeklagte sprach mit den Arbeitswilligen, er redete auf sie ein oder versuchte mit ihnen zu sprechen, daß war eben die Befähigung. Oder: Der Angeklagte ging auf und ab, dadurch behinderte er den Verkehr u. s. w.

Bei der Zeugenvernehmung über die angeblichen Vergehen gegen die Straßenordnung befandete Polizeileutnant Vormerk: Wenn kein Streik gewesen wäre, dann würde auf Grund der Straßenordnung jedenfalls gegen niemand eingeschritten worden sein. So aber waren Ausschreitungen gegen die von der Bahn nach der Fabrik transportierten (?) Arbeitswilligen zu befürchten. Als sich darauf der Anwalt erhob und ganz verwundert fragte, ob die Arbeitswilligen denn polizeilich „transportiert“ worden seien, antwortete der Leutnant bejaugend; diese Anordnung sei von der Hauptmannschaft gleich vom ersten Streiktag an getroffen worden. Übrigens seien die Streikposten bald kenneilich gewesen, weil sie von dem Werkmeister der Wehlichischen Fabrik als solche bezeichnet worden waren mit dem Bemerkten, daß seien solche Leute, die die Arbeitswilligen von der Arbeit abhalten wollten. — Einem Schutzmänn, der auch ohne jeden Beweis schlanke behauptete, daß ein Angeklagter den Verkehr behindert habe, bemerkte der Vorsitzende: Auf so vage Behauptungen hin könne doch niemand von einem königlich preussischen Gericht verurteilt werden. — Wahre Schauererzählungen erzählte Polizeileutnant Knispel. Zu einem scharfen Vorgehen gegen die Streikenden sei er veranlaßt worden, weil laut Aufzeichnungen im Tagesjournal Arbeitswillige tatsächlich befehligt und bedroht worden seien; einer, ein Kettenmacher Maspe, sei sogar von den Streikenden geschlagen worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, worin denn die Befähigungen bestanden hätten, erfolgte die vorerwähnte übliche Antwort. Ferner wurde festgelegt, daß der Fall Maspe der Staatsanwaltschaft polizeilich wohl zur Weiterverfolgung gemeldet wurde, bislang zu einem Strafverfahren gegen irgend einen Streikenden jedoch nicht geführt hat. Der Leutnant befandete dann weiter: Nicht allein Befähigungen u. s. seien vorgekommen, sondern die Streikenden hätten auch anonyme Drohbriefe versandt, darunter einen an den Direktor der Wehlichischen Fabrik, worin von diesem gefordert wurde, die Streikenden bis zum 16. Juni, dem Tage der Reichstagswahl, sämtlich wieder einzustellen, midrigenfalls seine Fabrik einfach in die Luft gesprengt würde! Auch ein altes Mütterchen habe sich über den Streik und die Streikenden brieflich beschwert. — Wie die Entzungen in das Tagesjournal zu flände gekommen sind, darüber gibt die Vernehmung eines anderen Schutzmänn Aufschluß. Dieser hatte selbst einen Fall von „Bedrohung“ ins Journal eingetragen, wo ein Streikender zu einem Arbeitswilligen gesagt hatte, er würde ihm „die Knochen zerbrechen“; er, Zeuge, habe dies jedoch nur vom Hörensagen, über den Vorfall selbst wisse er aus eigener Wahrnehmung nichts. Als Leutnant Vormerk unter anderem noch über den angeblich starken Verkehr in der Sophienstraße befragt wurde, antwortete er, das Publikum habe sich schon deshalb zahlreich eingefunden, weil es dort alle die Schulleute stehen sah. (?) Weiter befandete ein Beamter: Ein Streikposten sei auf Anordnung des Leutnants sifitert worden, weil er einem anderen Sifiterten lächelnd nachgeblickt hätte. — Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt in zwei Fällen die Freisprechung, für jeden weiteren Fall aber eine Verurteilung zu 10 Mk. Geldstrafe. Rechtsanwält Dr. Heinemann als Verteidiger der Angeklagten pladierte demgegenüber auf Freisprechung, indem er die polizeilichen Maßnahmen gegen die Streikenden einer scharfen Kritik unterzog. Was die famosen „Drohbriefe“ und das „In-die-Luft-Sprengen“ der Wehlichischen Fabrik anbelange, so alaube er kaum, daß ernste Männer derartigen Dingen irgend

eine Bedeutung beilegen können, es sei denn in dem Sinne, daß irgend ein Spigel die Gelegenheit benützt habe, um nach berühmten Mustern „Material“ zur noch größeren Einschränkung des Koalitionsrechtes zu sammeln. Auch nicht die Spur eines Beweises sei erbracht, daß die Streikenden solchen Unfimm geschrieben hätten. Ebenso hätten die Verurteilungen der Polizeibeamten auf vorgekommene Befähigungen u. s. vollständig verjagt. In Anbetracht dieser und aller in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkte müsse deshalb die Freisprechung erfolgen.

In der Urteilsbegründung folgte das Gericht im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers. Der Vorsitzende hielt die weentliche Entscheidung des Kammergerichtes, worin dem Richter nur ein bedingtes Nachprüfungsrecht über die hier in Frage kommenden polizeilichen Anordnungen gegen Streikposten zugesprochen wird, für nicht ganz einwandfrei. Im übrigen müsse anerkannt werden, daß sich die Streikenden durchaus ruhig und anständig betraucht zu lassen, weil nicht der geringste Anhalt gegeben ist, daß sie von Streikenden herühren. Ferner seien die Behauptungen auszuscheiden, daß die Streikenden Arbeitswillige bedroht, befehligt oder geschlagen hätten, da wirkliches Belastungsmaterial in dieser Hinsicht von der Polizeibehörde nicht beigebracht worden sei. Obwohl diese Zeit genug dazu gehabt hätte. Ein Urteil sei aber nur auf Grund von Tatsachen zu fällen, nicht aber auf Grund von Behauptungen. Aus der ganzen Beweisaufnahme habe sich nun ergeben, daß von einer Verkehrsstörung gar nicht die Rede sein könne. Auch Unter den Linden und in der Friedrichstraße komme es bisweilen zu Stauungen der Passanten, doch würde es keinem Polizeibeamten einfallen, dort einzelne Personen herauszugreifen, um auf Grund der Straßenordnung ihre Befragung zu veranlassen. Im ganzen betrachtet, seien die Angeklagten aber noch den Aufforderungen der Beamten, weiter zu gehen, bereitwillig nachgekommen, deshalb habe außer in einem einzigen, gelinde liegenden Falle auch „nicht ein Schimmer von Veranlassung“ zum Einschreiten gegen die Streikenden vorgelegen. Aus all diesen Gründen habe das Gericht auf kostenlose Freisprechung erkannt. Nur in einem Falle sei ein Ungehorsam unter Freisprechung von drei Strafmarken zu 3 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er auf den Granitplatten des Bürgersteiges stehen geblieben war.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Besüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher ersuchen wir die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Ausfertigung der betreffenden Nummern keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der für die zu Ende gehenden Bücher auszufertigenden zweiten Bücher bedarf es der Angabe der Hausnummer, des Vor- und Zunamens, des Berufes, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintritts des Inhabers. Diese Angaben sind notwendig, um nach demselben etwaige in der Hauptliste vorhandene Unrichtigkeiten und Mängel aus derselben beseitigen zu können. Die Ausfertigung des Mitgliedsbuches erfolgt durch die Ortsverwaltung und darf ein zweites Buch nur gegen Rückgabe des bisher benützten Mitgliedsbuches ausgetauscht werden. Die von den Mitgliedern ausgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher sind, um Mißbrauch zu verhüten, sofort in Gegenwart ihres bisherigen Besitzers zu vernichten. Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu erledigen sind, empfiehlt es sich, wenn die Ortsverwaltungen sich alle mit Jahreschluss 1903 ablaufenden Mitgliedsbücher auf eine besondere Liste aus ihrer Mitgliederliste ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, sich zur Einsichtnahme in ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung unter Vorlage des Mitgliedsbuches zu melden.

Wir ersuchen die Mitglieder, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern und bemerken dazu, daß die Ausfertigung von zweiten Mitgliedsbüchern nur innerhalb des ersten Quartals 1904 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden, weil anzunehmen ist, daß die betreffenden Antragsteller über acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand und daher gar nicht mehr Mitglieder sind.

Für Bestellungen auf zweite Bücher ersuchen wir stets ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß der Termin für die Einreichung der ausgefüllten Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Eisen- und Metallgewerbeten Deutschlands beschäftigten Eisenarbeiter abgelaufen ist. Da mit der Einreichung dieser Fragebogen noch eine recht erhebliche Anzahl Verwaltungen und Einzelmitgliedern im Rückstand sind, so ersuchen wir diese, die in ihrem Besitz befindlichen ausgefüllten Fragebogen umgehend an den Vorstand einzureichen.

Sofort in diesen Orten noch Fragebogen ausfüllen, bitten wir bei der Einreichung zu bemerken, daß noch einige nachfolgen werden.

Hinsichtlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberchtig sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Weiter bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß sich die Prüfungskommission in bezug auf die Verlegung des Nr. 47 dieser Zeitung zur allgemeinen Werbung ausgeschriebenen Postens eines Geschäftsführers für die Einzelmitglieder in Aue im Erzgebirge und Umgegend für den Kollegen

Adolf Hirtche in Chemnitz entschieden hat. Eingegangen waren 50 Bewerbungen, die für die Prüfungskommission durch diese Bekanntmachung als beantwortet gelten.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gefordert und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Altona die Erhebung eines Extrabeitrags von 20 Pf. pro Mitglied, ab 1. Januar 1904.

Der Verwaltungsstelle in Posen die Erhebung eines Extrabeitrags von monatlich 10 Pf. pro Mitglied.

Der allgemeinen Verwaltungsstelle in Schwabach die Erhebung eines Extrabeitrags bei den in der Blattüberbrände beschäftigten Personen und zwar für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche Mitglieder 10 Pf. pro Woche und Mitglied.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altenburg der Schlosser Oskar Lindner, geb. am 24. November 1862 zu Rudolstadt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg der Schlosser Otto Gensch, geb. am 28. Juni 1872 zu Brandenburg.

Begen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Die christlichen Gewerkschaften sind zwar durchweg zu schwach, um — selbst wenn ihre Leiter den christlichen Willen dazu hätten — einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben zu können, sie finden aber zu gänzlicher Bedeutungslosigkeit auf diesem Gebiet herab durch die in ihren Reihen herrschende Zerissenheit. Kein Gewerbe ist einheitlich in einem Verband unter einheitlicher Leitung organisiert, es bestehen vielmehr in jedem verschiedene Verbändchen, die zu einander in mehr oder weniger losem Kartellverhältnis stehen, mitunter aber auch in heftiger Feindschaft unter einander liegen.

Für die christlichen Metallarbeiter wie auch für die Bergleute bestanden seinerzeit nicht weniger wie drei verschiedene Organisationen. Als dann der Wieberstreit ausbrach und Wieber aus dem Ausschluß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen wurde, da versuchte man, namentlich um ein Gegengewicht gegen den Wieberschen Metallarbeiter-Verband zu schaffen, eine Verschmelzung der übrigen christlichen Bergarbeiter- und Metallarbeiter-Verbände in der Weise durchzuführen, daß die Bergleute des Siegerländer Berg-, Hütten- und Metallarbeiter-Verbandes in den Gewerksverein der christlichen Bergleute übertraten und die Metallarbeiter mit dem Sauerländer Verband christlicher Metallarbeiter verschmolzen wurden. Die letztere Neugründung erhielt dann den Namen christliche Metall- und Hüttenarbeiter-Verband Deutschlands. Die christliche Gewerkschaftspresse stimmte damals Jubelstürmen an über den erfolgten Zusammenschluß, und als nun gar noch vor kurzem Wieber zu Kreuze trach, seinen Kotau gemacht und seine Buße auf sich genommen hatte, sowie die Vereinigung des Wieberschen Metallarbeiter-Verbandes mit dem Metall- und Hüttenarbeiter-Verband Deutschlands erfolgte, da wollte des Jubels in der christlichen Gewerkschaftspresse und des Ruhmens, daß die christlichen Metallarbeiter Deutschlands nun in einem Verband einheitlich organisiert seien, schier kein Ende nehmen.

Nun droht die ganze zusammengeleitete christliche Einigkeit wieder schmächtig in die Brüche zu gehen. Den Siegerländern hatte die Geschichte von Anfang an nicht recht behagt. Das brutale und herrschsüchtige Wesen des Leiters des Gewerksvereins christlicher Bergleute, Brust, war auch wohl wenig geeignet, sie in dem geschaffenen neuen Zustand sich einleben zu lassen. So kam es denn von vornherein zu Heibereien und Auseinandersetzungen, die jetzt zu einer offenen Revolte der Siegerländer mit dem Ziele, sich wieder selbständig zu organisieren, gebiethen sind. An der Spitze der Siegerländer Rebellen stehen Leute, die zu den Leitern des früheren Siegerländer Metall- und Hüttenarbeiter-Verbandes gehörten und auch heute noch einflussreiche Posten als Arbeitersekretär, als Geschäftsführer des Konsumvereins einnehmen, auch das den Siegerländern zugebilligte Mitglied des Vorstandes des Gewerksvereins christlicher Bergleute befindet sich unter ihnen. Es kam zu äußerst erregten Auseinandersetzungen zwischen den Rebellen und Brust, der sie in einer Zusammenkunft in Wehdorf zur Raison zu bringen suchte. Aber die Rebellen beugten sich nicht.

Jetzt ist Brust zum Ausschluß der Rebellen geschritten. In der letzten Nummer des Bergknappen erläßt er eine Bekanntmachung in der es heißt: „Den Ausschussmitgliedern und Mit-

dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Der Kesselschmied Franz Sämman, geb. am 19. Juni 1884 zu Rannkat, Buch-Nr. 448030, wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Wilhelmshaven-Want aufgefördert, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Gärtler Wilhelm Kieselstein, geb. am 3. Nov. 1866 zu Wurgen, Buch-Nr. ?, nach einem von den Einzelmitgliedern in Mägeln gestellten Antrag auf Ausschluß, wegen unkollegialen Verhaltens.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Dreheru nach Breslau (Maschinenbauanstalt); von Feingoldschlägeru nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Varenshangstr. Jean Rieß, Fürthestr.; Michael Pleißer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Kuitlen) D.; von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Berlin; nach Dessau (H. Becker & Co.) M.; nach Hildesheim (Gebr. Propfe) St.; nach Neu-Muppin; von Gärtlern nach Berlin St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin St.; nach Freiberg i. Sachsen D.; nach Groß-Berkel b. Hameln (Riemann & Abbtmeyer); nach Ruhla i. Thür. (Gebr. Thiel) St.; von Metallbrückeru nach Berlin St.; von Metallschlägeru nach Dresden, besonders (G. Sieber in Neuland) D.; von Eisenschlägeru nach Schwabach (Zarnbacher) D.; (Sturm) St.; von Schlossbauern nach Heiligenhaus (Karl Kirmann) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L. Lohnbewegung; M. Aussperrung; D. Differenzen; N. Diapreglung; W. Mißstände; R. Lohn- oder Akkord-Reduktion; F. Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formen.

Augsburg. Es kommt nichts besseres nach, so können zurzeit mit Recht die Formen der Maschinenfabrik Augsburg sagen. Vor nicht langer Zeit, als Herr Giesmeister Köhler angeblich in den Ruhestand ging, wurden die Formen mit einem ihnen satfam bekannten Herrn namens Bär beglückt. Wir erwähnen gleich, daß dieser Herr selbst schon im Betrieb seinerzeit gearbeitet hat, aber man frage nur nicht wie. Er besitzt die für diese Stelle unbedingt notwendige praktische und technische Umsicht in keiner Weise, wird aber manchmal recht pösig und prozig. Früher brauchte man bei Beginn anderer Arbeit nicht auf Modelle zu warten, sondern diese wurden rechtzeitig beschafft; der neue Herr übersteht die Räume aber nicht, oder besser gesagt, ist nicht imstande eine Arbeit nach ihrer Zeitdauer zu beurteilen, und so kommt es vor, daß es verschiedenlich hier oder dort stockt. Zu diesem kommt nun noch etwas neues, nämlich, daß man das Aussteuern eines gegossenen Stückes auf die Zeit eines nächsten schreiben muß, damit der Herr in der Lage ist, zu beweisen, daß es so und so viel billiger hergestellt werden kann, um die Akkordlöhne wiederholt zu reduzieren. Was der Gieser dann mit dem letzten Stück macht, ist ihm anscheinend gleichgültig. Wenn heute die Herstellung des Stusses im Punkte Herstellungskosten gegenüber früher nicht recht solcher sein soll, so liegt dies eben an dem System Bär und nicht an den Gießern, die ihrer Arbeit durchaus gewachsen sind. Uns sind Fälle bekannt, bei welchen Herr Bär Fragen an die Arbeiter, warum man dieses oder jenes so macht, gestellt hat, die wir Laien uns in keiner Weise zu stellen trauten. Sagt ihm einer aber einmal etwas, so ist er gleich bereit, den Strohhalm vor die Ähre zu setzen. An dieser Stelle möchten wir Herrn Bär an jene Zeit erinnern, bei welcher es ihm als Arbeiter nicht gerade gut erging. Wir wünschen ihm diese Zeit nicht wieder zurück, fragen aber, warum er denn jetzt so rigoros ist? Wissen Sie noch, wie damals Ansehen gemacht wurden? Wissen Sie, wie leidlich Ihre Garderobestücke waren und wissen Sie noch ferner, wie damals Kästen aufgesteckt wurden und die lieben Stiefel außerordentlich traktiert wurden? Ja, mein lieber Herr Bär, weil dies die Formen heute noch alle wissen, deshalb können sie Ihre Haltung nicht begreifen. Schwärzappellieren können heute nur noch jene wenige Formen der Maschinenfabrik, trotzdem früher außerordentlich viel darauf gehalten wurde. Das machen die jezt niedrigen Akkordpreise, bei welchen eben immer der Kopf im Sandhauzen steht, dagegen die Füße in der Höhe sind. Mit einem Wort, auch in der Maschinenfabrik Augsburg muß heute auf Grund sehr schlechter Akkordpreise außerordentlich gemurkt werden. Wenn uns das unangenehme Gerücht, daß für Dieselteile in Zukunft noch weniger bezahlt werden soll, zur Wahrheit wird, so werden wir die Meisterschaft auf, einmal diese Arbeit zunächst vorzunehmen. Daraus ergibt sich dann das weitere und Herr Bär wird dann sehr in die Klemme kommen. Außerdem ist heute noch immer nicht eingeführt, daß die Formen bei Festlegung der Akkordpreise gefragt werden, oder daß ihre Einweilung etwa etwas gekostet würden; dieser große Mißstand wird also anscheinend nicht beseitigt. Die Langhauer scheinen Herrn Bär aus im Auge zu liegen, denn er gab schon Zeichen, sie zu vertreiben, was aber ein großer Schaden der Firma selbst wäre, da eine Gießerei mit ungezügelteren Hülfskräften nicht prosperieren kann. Als ungehörig finden wir auch, daß der 19jährige Sohn des Herrn Bär währenddessen alten und verheirateten Gießern vorgezogen wird, und damit in eine Stellung kommt, auf die er noch kein Recht hat. Wir bezweifeln Herrn Bär, daß er besser tut, seine Rigorositäten einzustellen und Arbeiter zu behandeln, wie es ihnen gebührt. Nun noch zu zwei anderen Herren. Seinezeit führten wir Herrn Köhler ins Stammbuch, daß ihm niemand nachweint, wenn er geht. Leider sehen wir ihn noch immer. Er hat anscheinend ein Interesse an den schlechten Zuständen und fühlt sich schließlich außer sich, daß es bei ihm doch noch besser war. Wir, Herr Köhler, regeln aber unsere Sache selbst und Sie tun uns einen Gefallen, wenn Sie das tun, was wir schon öfters gewünscht haben. Ein treuer Bundesgenosse zu Herrn Bär ist Herr Hertlein. Niemand haben wir ihm etwas zu leide getan und trotzdem ist er kein Freund von uns Arbeitern. Als er das erste Geschäft machte, half man ihm, weil alles so genau paßt, zuhause. Dann beim Gießen erfuhr er verzögerten Arbeiter, mit dem Wasser und dem Sand, den er eigens dazu bereit hat, dem ebenfalls Dankschreiben des Herrn Hertlein zu gebieten. Das war das erste Geschäft, sein letztes war so mangelhaft, daß eine ganze Kasse davon herangezogen wurde. Weitere Proben seiner Kunst jezt wir jedoch nicht werden. Heute soll er mehr Zeit für seine jezt wackelnde Gesundheit aufwenden, als auf die jeztwärtige Gießerei. Alles in allem erklären wir, daß die Mißstände der Formen beseitigt werden müssen, wenn man nicht immer wieder solche Dinge hören will. Diese Herren tun gut, sich mehr Befähigung anzueignen, und dann hat ihnen jeztzeitig Habetha ein Meisterstück geliefert, zu seiner Kunst bieten ihm diese in keiner Weise die Hand. Wir zollen den Herren auch, wegen dieser Zeiten niemand im Betrieb zu beschäftigen, weil der Schreiber dort nicht sitzt, sondern außerhalb ihres Reiches ist.

Dessau. Schon lange haben die Formner der Firma H. Becker & Co., Eisengießerei und Maschinenfabrik, unter den mißlichsten Arbeitsverhältnissen zu leiden. Man war sich allgemein schon längst bewußt, daß diese Zustände auf die Dauer nicht auszuhalten seien. Es sind dort sieben Formner neben sieben Lehrlingen beschäftigt. Die sieben Kollegen, sämtlich im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert, gaben sich die größte Mühe, ihre Lage zu verbessern. Leider konnte ihnen das trotz aller angewandten Geschicklichkeit nicht gelingen. Den Mittelpunkt dieser traurigen Verhältnisse bildet der Meister, der nicht fähig ist, feinen Posten auszufüllen. Er besitzt nicht das nötige Maß von Energie, um dem Unternehmer bei unberechtigten Zumutungen entgegenzutreten. Speziell läßt er es am Arbeitsmaterial mangeln, es fehlen die zur Arbeit notwendigen Formsaften u. s. w. Das Kastenverbauen, Sandgießen u. s. w. überläßt er ebenfalls den Formnern. Des öfteren entstanden Streitfälle dadurch, daß, wenn eine nach Angabe des Meisters anzufertigende Arbeit Ausschuß wurde, er diese gar nicht oder nur teilweise zum Bezahlen anwies. Unsere Kollegen hatten darunter viel zu leiden, denn sie mußten doch die Arbeit so anfertigen, wie es der Meister wollte, obwohl sie oftmals anderer Ansicht waren. Und es sind auch Proben genug geliefert worden, die bestätigen, daß unsere Kollegen mit ihrer Umsicht im Rechte waren, daß manche Arbeit nicht Ausschuß geworden wäre, wenn man auch unseren Kollegen etwas Intelligenz zugestehen hätte. Die Streitereien wiederholten sich alle Tage, weil fortgesetzt neuer Stoff dazu vorhanden war, indem in dieser Gießerei alle vorfindenden Arbeiten gemacht werden. Unsere Kollegen konnten sich diese Behandlung nicht mehr bieten lassen. In einer mit der Ortsverwaltung anberaumten Werkstatteverammlung wurden einige Verbesserungsvorschläge zum Beschluß erhoben und anderen Tages dem Chef vorgelegt. Dies war am 23. November. Der Chef jagte die Erfüllung dieser Forderungen zu und bedeutete den Formnern, sie sollten sich mit dem Meister wegen der einzelnen Punkte in Verbindung setzen. Der Meister versprach, dafür einzutreten. Jedoch am Freitag den 27. November morgens erklärte der Meister, für drei Formner sei keine Arbeit mehr vorhanden, woraus die vier anderen Kollegen mit dem Meister Rücksprache nahmen, weil sie der festen Meinung waren, daß dieser „Mangel an Arbeit“ die Folge der von ihnen gestellten Forderungen sei. Der Meister entgegnete, der Chef sei verreist, die größere Arbeit einer anderen Gießerei zu übertragen, und den übrigen Betrieb wollte er mit den Lehrlingen aufrecht erhalten. Auch die übrigen vier Kollegen sollten ihre angefangene Arbeit zu Ende führen, dann müßten sie ebenfalls aufhören. Die vier Kollegen fanden keinen anderen Ausweg, als die Arbeit sofort niederzulegen, die drei ersten waren sowieso entlassen. Der Chef wußte sie auswärts; sie sich aber später, als der hiesige Bevollmächtigte mit ihm verhandelte, herausstellte, hat der Chef an diesem Tage Anweisung gegeben, den vier Kollegen ihre Arbeitspapiere durch Einschreibebrief ins Haus zu schicken. Uns der angebahnten Verhandlung ist nichts besonderes zu erwähnen. Herr Becker fühlte sich noch oben drein durch die Notiz in der hiesigen Zeitung beleidigt. Er gab an, er hätte keine Arbeit, was wir ihm freilich nicht glauben, sobald er wieder Beschäftigung habe, werde er sich eventuell einen nach dem anderen von den bisher beschäftigten Arbeitern wieder holen. Wir sind aber nun einmal der Meinung, daß die Entlassungen nur die Folge der gestellten Forderungen waren und darin werden uns auch alle Kollegen Recht geben.

Serne. Wie die Formner der Firma Stolle & Co. in Bruch unter der Krute stehen, zeigt folgendes. Die Formner dieser Firma hatten vor kurzem eine Werkstattebesprechung einberufen, wozu sie auch einige Kollegen von Serne eingeladen hatten. Herr Stolle muß wohl Wind hiervon bekommen haben, denn als die Kollegen die Werkstatte, wo die Besprechung stattfinden sollte, betraten, waren schon verschiedene Schutzleute anwesend. Als die Kollegen nun ein Gartagrümmen verlangten, das ihnen auch gewährt wurde, folgten die Schutzleute jezt nach. Einige Kollegen, die jezt merkten, daß es doch nicht gut ablaufen würde und daß die Trücker Polizei vielleicht provozieren wollte, um einschreiten zu können, ermahnten zum Aufbruch. Und so ist die Besprechung erst am anderen Tage abgehalten worden, aber an einem anderen Orte. Es wurden folgende Mißstände kritisiert: Herr Stolle beschäftigt vierzehn Formner, dazu zwei Hilfsarbeiter, mitunter auch gar keinen von letzteren. Dann müssen sich die Formner allein mit den schweren Stücken plagen. Herr Stolle schreibt aber dann doch: „Ihr Meister, ihr bringt aber auch gar nichts fertig!“ Ein anderes Licht als kleine Dampfen ist nicht vorhanden. Und dabei gießen die Kollegen bis 11 und 12 Uhr, auch noch länger. Am anderen Morgen müssen sie aber wieder an Ort und Stelle sein. Verschiedene sind vor kurzem, weil sie etwas zu spät kamen, sofort entlassen worden. Auch ist Herr Stolle mit dem Auslöshen sehr unpünktlich. Er vertröfelt einige vom Abend bis zum Morgen und vom Morgen bis zum Abend. Erlaubt sich ein Kollege dann die Freiheit und geht ins Kontor, dann wird alles dunkel gemacht und mit Hilfe des Meisters Schmidhausen der Betreffende einfach durchgegrigelt und auf die Straße geworfen. Den Kollegen ist doch gewiß schon bekannt, daß Herr Stolle bereits alle acht oder vierzehn Tage einer Gewerbegerichtsverhandlung bezuwohnen hat, wie ihm auch schon vom Gewerbegericht gesagt worden ist, er solle sich hier ein Zimmer mieten, dann brauche er nicht den weiten Weg zu machen. Ferner ist es mit dem Werkzeug so schlecht bestellt, daß immer vier Formner unterwegs sein müssen, um etwas zu finden. Auf die vierzehn Formner kommen zwei Handbohrer, zwei Sandhämmer, ein und ein halbes Sieb, das auch noch die Sternschraube und der Meister gebrauchen. Unbedruckt ist meistens auch nicht vorhanden, und wenn der Meister etwas hat, dann reicht er einem ein Stück von ein bis zwei Meter. Damit muß man dann acht bis vierzehn Tage auskommen. Die Sonntagsarbeit ist auch sehr üblich. Vorschub erhalten nur die gut Angefertigten. Es ist Herrn Stolle nicht damit gebiet, daß er seine Leute bei Tage unter der Gewalt hat, er kontrolliert des Abends nach, ob sie zu Hause sind und wo sie verbleiben. Alles in allem genommen herrschen hier Zustände, die abzuwickeln Aufgabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist. Wir ermahnen deshalb die dortigen Kollegen, ihre zur Organisation zu halten und fortgesetzt für sie zu agitieren, damit auch die Kollegen dieser Bude endlich einmal ein menschenwürdiges Dasein werden führen können.

Kiel. Bei dem jeztzeitig bei Bollert & Mertel stattgefundenen Streik sind folgende Formner arbeitswillig geworden: Wilhelm Heitling, geboren am 2. Juli 1884 in Litzow (Mecklenburg); Otto Riemann, geboren am 31. März 1864 in Werseburg; Hermann Heinemann, geboren am 6. April 1871 in Waggelberg; Hermann Döpner, geboren am 25. März 1885 in Groß-Germersleben; Ernst Schlegler, geboren am 4. April 1878 in Jarndt; Paul Flotte, geboren am 2. Januar 1885 in Döbeln; Paul Seiffahrt, geboren am 21. Dezbr. 1885 in Altravau; Richard Gausmann, geboren am 19. April 1859 in Unterwiesenthal; Hermann Dittmer, geboren am 24. März 1885 in Groß-Germersleben; Karl Keller, geboren am 7. November 1869 in Dillau.

Metallarbeiter.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern erntet das Schöffengericht am königlichen Amtsgericht Nürnberg in der Strafsache gegen die Arbeiter, 2. Generalsekretär in Berlin, gegen Schern, Johann, Rechtsanwalt in Stuttgart, wegen Preßbeleidigung in jeztur öffentlicher Sitzung vom 4. November 1903, in Gegenwart 1. des königlichen Amtsrates Münzinger, 2. der Schöffen: a) Dorn, Lorenz, b) Bunderlich, Konrad, 3. des hiesigen Gerichtsschreibers Dornberger, nach erprobter Hauptverhandlung zu Recht, wie folgt: I. Schern, Johann Gottfried, geboren am 25. April 1851 zu Kammelsbach, Begrüßung, freireligiös, verheirateter Redakteur in Stuttgart, ist schuldig eines fortgesetzten Vergehens der Beleidigung, teils nach § 186, teils nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs, und wird hiemit zu Gefängnis von 100 — einhundert — Tagen, im Unzwinglichkeitsfall zur Gefängnisstrafe von 10 — zehn — Tagen und zu den Kosten, einschließlich der dem Privatkläger 2. Klasse erwachsenen notwendigen Auslagen, verurteilt.

II. dem Beleidigten, Generalsekretär 2. Klasse in Berlin, wird die Befugnis zugesprochen, den verfallenden Teil dieses Urteils binnen zwei Wochen nach Erteilung der Ausfertigung einmal in der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Gründe u. Vorliegendes Urteil ist vollstreckbar. Nürnberg, 2. Dezember 1903. Gerichtsschreiberei des königlichen Amtsgerichtes Nürnberg, Abteilung für Strafsachen: (L. S.) Kirch, königlicher Sekretär.

Annun i. Westf. In Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung (Mubrit Schloffer) wurde über die Zustände in der hiesigen Maschinenfabrik von Loth berichtet. Nach dem Erscheinen des Artikels wurde die ganze Belegschaft der Fabrik durch die Meister aufs Kontor zitiert, den Leuten dabei kund und zu wissen getan, daß die Firma nie und nimmer dulde, so heruntergerissen zu werden. Die Leute wurden angehalten, eine Erklärung zu unterschreiben, die besagt, daß die in dem Artikel enthaltenen Angaben auf Unwahrheit beruhen, daß die Arbeiter dahingegen mit den von der Firma C. Loth beghaltenen Vöhrnen, Akkordlöhnen mit der Behandlung u. dergleichen zufrieden seien u. s. w. u. s. w. Aus bekannten Gründen gaben die Leute die erbetene Unterschrift. (Dieses Schriftstück ist uns zugefandt worden, wir haben es jedoch beiseite gelegt. Red. der M.-Ztg.) Eine zeitlang ging nun alles ganz gut. Sogar die wohlwollende Polizei erschien eines Tages in der Fabrik und am andern Tage wurde die Abortanlage, die bisher in dem Raume, in dem die Rüfer arbeiteten, sich befand, durch eine Bretterwand nebst Tür von genanntem Arbeitsraum isoliert. Wenn nun aber jemand glauben sollte, die so renovierte Abortanlage entspreche nennenswertermaßen den notdürftigsten Forderungen der Hygiene, der irtz ganz gewaltig. Da ein Fenster nicht vorhanden, hat man Licht und Luft einfach dadurch geschafft, daß man einen Teil des Daches abgedeckt hat. Der hierdurch erzielte Effekt ist bei anhaltendem Regenwetter einfach großartig. Der ganze Raum steht dann einige Zentimeter hoch unter Wasser, so daß sich die Arbeiter wohl noch Setzen oder Wasserlöse werden anschaffen müssen, um ihn benutzen zu können. Es wäre wirklich ein Plaque, wenn sich der Herr Gewerbeinspektor diese gottlose Einrichtung einmal in höherer Person anschauen möchte; er könnte mindestens daran studieren, wie es nicht gemacht werden sollte. Ebenso tröstlos ist es mit der Waschgelegenheit für die Arbeiter bestellt. In der Fisklerei befindet sich an der Wand ein einziger Wasserkan, den sowohl Fiskler wie Schloffer benutzen, um sich nach beendeter Arbeit wenigstens die Hände notdürftig reinigen zu können; die Wehrzahl der Arbeiter zieht es daher vor, ungewaschen den Heimweg anzutreten. Wer aber glaubt, daß zum wenigsten genügend Kleiderspindel vorhanden seien, befindet sich gewaltig auf dem Holzwege; Kopfbedeckung und Rock der Arbeiter sind nach beendeter Schicht die mit Holstaub bedeckt. Was den Verdienst der Firma betrifft, diene folgendes: Die Konstruktion der von der Firma C. Loth als Spezialität hergestellten Maschinen, Kampmanns Wendelwaschmaschine „Leichtwäcker“, ist durch Musterschuss von der Konkurrenz ausgetrieben. C. Loth hat sich die Konstruktion der Waschmaschine schützen lassen, und er fand in dem Kaufmann Kampmann in Rülheim a. R. den Mann, der die Fabrik in Annun einrichtete und den Loth zum Leiter derselben machte und ihm ein festes Gehalt von — man sagt 4000 Mk. pro Jahr — garantierte. Außerdem aber soll Loth eine Lantime von 5 Mk. pro fertiggestellte Maschine beziehen. Nehmen wir aber nur eine Lantime von 3 Mk. pro Stück an, so ergibt das bei einer monatlichen Produktion von 700 Waschmaschinen an Lantime für den Fabrikanten die runde Summe von 25000 Mk. pro Jahr. Daß der Kaufmann Kampmann, der den Vertrieb der Waschmaschinen in Händen hat, nach Abzug aller Kosten mindestens die gleiche Einnahme haben wird, dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen. Wie steht es nun demgegenüber mit dem Verdienst der Arbeiter? Man sollte glauben, Loth, der die Misere des Arbeiterlebens früher am eigenen Leibe jahrelang gespürt, sei bestrebt, seinen Arbeitern einen angemessenen Lohn zuzulernen zu lassen. Der Leser wird vielleicht sagen: „Na ja, tut er ja auch; seine Arbeiter haben es ihm neulich ja noch durch Unterschrift schwarz auf weiß bestätigt.“ Gut, nehmen wir also an, es sei bisher so gewesen. Vor zirka 3 Wochen wurde den beiden Rülfern aber plötzlich bekannt gegeben, daß der Satz von 50 Pf. pro Satz zu hoch sei; sie verdienten zu viel. Es soll hierbei nun allerdings zugegeben werden, daß da diese Leute einen Verdienst von rund 180 Mk. pro Mann und Monat hatten, ein solcher Verdienst im Hinblick auf den enormen Stundenlohn von 33 Pf., den die Firma durchschnittlich an die erwachsenen Arbeiter zahlt, die nicht in Akkord beschäftigt sind, zu hoch war. Nach längerem Verhandeln einigte man sich dahin, daß die Rüfer von jezt ab, nicht wie die Firma zuerst verlangte, zu 30 Pf., sondern zu 40 Pf. pro Satz arbeiten werden. Nun wurde durch die beiden Vorarbeiter bekannt gemacht, daß die Schloffer für Bearbeiten und Zusammenfügen der Getriebe in Zukunft statt 55 Pf. nur noch 50 Pf. für das Zusammenfügen der einzelnen Maschinen statt 55 Pf. auch nur 50 Pf. erhalten würden. Selbstverständlich hat es Herr Loth in souveräner Machtvollkommenheit nicht für erforderlich gehalten, sich dieserhalb vorher mit den beteiligten Arbeitern ins Einvernehmen zu setzen. Das Beste bei der Sache ist, die Reduzierung trat sogar innerhalb der betreffenden Lohnperiode in Kraft. Wo bleibt da der Arbeiter als gleichberechtigter Teil? Motiviert wurde die Reduzierung der Akkordlöhne einfach mit der Bemerkung: Die Leute haben zuviel verdient. Was heißt nun in diesem Falle „zuviel verdient“? Die Akkordarbeiter haben sich unterstanden, statt höchstens 40 Pf. pro Stunde 45 und 50 Pf. herauszufinden! Zum Schluß soll noch gezeigt werden, was der Arbeiter für diese 55 und 50 Pf., die er zum Beispiel für das Zusammenfügen der einzelnen Teile zu einer Maschine alles zu leisten hat: Er hat zunächst drei Füße anzuschneiden, dann dreimal zwei Löcher durch den Rand des Fasses zu bohren und die Füße mit sechs Mutterrauben zu befestigen, dann in jeder Fuß zwei Holzschrauben einzulassen. Hierauf sind zwei Stützen mittels vier Holzschrauben unter dem Wringtafen anzubringen, ein Loch für den Wasserablaßhahn zu bohren und der Hahn anzuschrauben. Nachdem der Schloffer den Fahrdrebel aufgesetzt, legt er das Schartier zum Aufklappen des Deckels auf, zeichnet vier Löcher für durchgehende Mutterrauben an, zieht die Schrauben ein und darauf noch fünf Holzschrauben. Dann zeichnet er die vier Schraubenlöcher für zwei Deckelverschlüsse an, bohrt die Löcher, zieht vier Mutterrauben und vier Holzschrauben ein. Hierauf wird der Griff auf den Deckel genagelt. Nunmehr holt sich der Mann das Getriebe herbei, nimmt die Spindel los und schraubt die hölzerne Waschschnecke mit fünf Holzschrauben unter den Stern der Spindel; alsdann jezt er den Getriebebock auf den Deckel der Maschine, nachdem noch zuvor das Loch für die Spindel gebohrt und letztere durchgesteckt worden, richtet aus und zieht sechs lange Holzschrauben in die Füße des Bodens ein. Nunmehr wird die Stopfbüchse der Spindel mit drei Holzschrauben auf dem Deckel der Maschine befestigt und das Getriebe dabei gangbar gemacht. Den vorher in der Schlofferei untauber gewordenen hölzernen Getriebebock hat er jezt mit der Ziehflinge abzusiehen und mit Glaspapier sauber zu schleifen. Der Leser denkt jezt jedenfalls: Na, jezt hat der Mann aber eigentlich genug gemacht für 55 Pf. Aber nein, die Maschine ist noch nicht fertig. Jezt wird der hölzerne Pendel in die gußeiserne Schwunghänge eingetrieben. — ist das Loch in der Kugel etwa beim Guße zu klein geworden, schadet nichts, der Arbeiter rapelt dann eben soviel, wie erforderlich, vom Ende des Pendels ab, daß sich ja dran an den 55 Pf. — eine Holzschraube wird eingezogen, damit die Stange sich nicht lösen kann, hierauf werden zwei Löcher angezeichnet, gebohrt und das Pendel mit zwei Mutterrauben am Pendelhalter befestigt. Da diese Mutterrauben meist zehn Millimeter zu lang sind, müssen sie abgekürzt werden. Endlich wird alles nochmals mit Glaspapier sauber geschliffen und die Maschine kann von Vorarbeiter abgenommen werden. Und das alles für 55 oder 60 deutsche Reichspfennige. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht! Auch ein Stück „modernes Sklaventleben“.

Danzig. Die hiesigen Metallarbeiter beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Sonntag den 29. November im Lokal des Herrn Steppuhn in Schildlich tagte, mit dem überhört gewordenen Auspruch des Marine-Oberbaurats Hillmann in Kiel, daß die Danziger auch mit Feringen und Kartoffeln zufriedien sind. Der Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes,

Kollege Mohr, referierte über das Thema: „Nicht für Kartoffel und Heringe, sondern für eine auskömmliche und menschenwürdige Existenz!“ In seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen wies Redner nach, wie verschieden die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Danzig und Kiel seien. Aus einer von Redner verlesenen Aufstellung von Akkordpreisen der kaiserlichen Werften ergab sich, daß für sehr viele Arbeiten in Danzig nur der vierte Teil des in Kiel bezahlten Preises gewährt wird. Das Märchen von der gesicherten Existenz der Staatsarbeiter beleuchtete er sehr wirksam durch die im Frühjahr 1902 in Kiel veröffentlichte geheime schwarze Liste. Aus dem ihm zur Verfügung stehenden amtlichen Material führte er den Beweis, daß die Gesundheitsverhältnisse der hiesigen Werftarbeiter nicht nur viel schlechter sind als in anderen ähnlichen Staatsbetrieben, sondern sogar unter dem Stande in den Privatbetrieben sehr erheblich heruntergehen. Entgegen den freimüthigen Flottenbeschwörungen stellte er fest, daß gerade die Staatsarbeiter, außer allen anderen, besonders in rechtlicher Beziehung und speziell in Danzig Arbeiter zweiter Klasse seien. Der Staat, der „Schüler“ der gesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit, verweigere den Staatsarbeitern die Ausübung dieses Rechtes. Wie traurig besonders die Lage der Danziger Staatsarbeiter sei, ergebe sich aus der Tatsache, daß auf dem Danziger Polizeivollzugsdienst besondere Akten unter der Bezeichnung „Gefinnungsvorstrafen“ in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter geführt werden! Der Redner verglich dann die Verhältnisse in den Danziger Staatsbetrieben mit denen der Privatbetriebe. Während in den letzteren bessere Verhältnisse herrschen, so müßte auch der Stiefvater Staat seinen Lohnslaven ganz anders als jetzt entgegenkommen. Nach einer scharfen Kritik der Offenherzigkeiten des Herrn Marine-Oberbaurats Hillmann und der Schilbung der Vorzüge der Organisation forderte der Redner auch die Danziger Arbeiter zur Organisation auf. Das Urteil Hillmanns habe gezeigt, wie tödlich die Hoffnung der Arbeiter auf die Lokalität der Kapitalisten ist. In Danzig, dessen Arbeiter dem sozialen Befreiungskampf der Arbeit bisher noch ziemlich ferngeblieben, habe die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit am kläglichsten Schiffbruch gelitten. Bessere Verhältnisse würde auch hier nur die zum Kampfe für ihr Menschenrecht organisierte Arbeiterschaft selbst schaffen. — In der Diskussion ergänzte Wendig den interessantesten Vortrag recht wirksam durch Darlegung der erbärmlichen Verhältnisse in den Betrieben der „Neuen Industrie“ an der Weichsel, die zur Zeit der Gründung wegen „ihrer segensreichen Wirkfamkeit“ von den Gründern und deren Presse über den grünen Klee gelobt worden seien. Der hinfällige Vortag sei der verdächtigsten Herlichkeit jedoch sehr schnell gefolgt, und die Arbeiter hätten durchaus recht gehabt, wenn sie in dieser Hinsicht erst abgewartet hätten, was dem heißen Gründungseifer folgen würde. Als Steuerzahler hätten sie auch keine Veranlassung, der bekannten Viertelmillion-Liebesgabe für die verachteten Polmakulatur mit besonderer Freude zu gedenken. Genosse Bartel wies darauf, daß eine sogenannte „Arbeiterdeputation“ dem Kaiser gegenüber unlängst erklärt habe, daß „Pomuchel mit Senf“ das Danziger Hauptgericht sei. Jedes Kind in Danzig wisse, wie unwarhaft dem Monarchen berichtet wurde. Der Pomuchel existiere für die Danziger Arbeiter in Wirklichkeit nur noch in der Sage. Der Oberbauart Hillmann habe jetzt jedoch eine Erklärung gegeben und jenen Pomuchel für den — Hering erklärt; leider habe er mit seiner Behauptung nicht so unrecht. Tatsächlich habe sich der Kapitalismus nicht geändert, die Lebenshaltung der hiesigen Arbeiter auf ein erschreckend niedriges Niveau herabgedrückt. So bedauerlich die Tatsache sei, so wertvoll sei es, daß dieses Geständnis jetzt durch Hillmann endlich auch offiziell gemacht worden sei. Jetzt sei der liberale Schwundel von der Vorzüglichkeit der Verhältnisse in den Staatsbetrieben endgültig und von der herbesessenen Seite zerflutet, niemand könne jetzt den Gimpelfängern der berechtigten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit mehr auf den Leim gehen. Herr Hillmann habe den Danziger Arbeiter gelehrt, daß sie nur durch die organisierte Selbsthilfe ihres Geschlechtes Schmiebes sein könnten. Nach weiteren Ausführungen des Verbandsvorstandes sprach Herr Wendig die Vermutung einmütig folgende Resolution an: „Die am 29. November 1903 im Lokal des Herrn Steppuhn tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung verwarf sich entschieden gegen die den Danziger Arbeitern im allgemeinen und den Metallarbeitern im besonderen vom Marine-Oberbauart Hillmann zugefügte schwere Beleidigung, daß sie mit Heringen und Kartoffeln als Lohn für ihre Arbeit zufrieden seien. Die Versammelten protestieren besonders entschieden gegen den Versuch, unter Berufung auf die angebliche Bedürfnislosigkeit der Danziger Metallarbeiter auch anderen Kollegen Hungerlöhne zahlen zu wollen. In der Erklärung des Oberbauarts Hillmann erblickt die Versammlung das offizielle Eingeständnis für die bisher stets bestrittene Tatsache, daß die Danziger Arbeiter von ihren privaten und fiskalischen Arbeitgebern in geradezu unmenslicher Weise und in noch viel höherem Grade als in anderen Orten ausgebeutet werden. Einmütig protestieren die Anwesenden gegen die ehrenkränkende Behauptung, daß sie mit den Folgen dieser schmachvollen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zufrieden seien. Sie erkennen in der von Hillmann behaupteten Tatsache mit großem Bedauern, wie sehr sie sich bisher in dem Glauben getäuscht haben, daß die privat- und staatskapitalistischen Unternehmer den Grundbesitzer folgen könnten. Die Versammelten erkennen hieran ferner, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter nur allein durch die Organisation herbeigeführt werden kann. Sie verpflichten sich daher, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und in ihm gemeinsam dafür zu sorgen, daß sie statt Hungerlöhnen und Kartoffeln mit Heringen endlich eine so anständige Entlohnung zu erhalten, daß sie damit eine wirklich menschenwürdige Existenz führen können.“

Sameln. Die Schlosser, Schmiede, Schleifer und Polierer der Firma Riemann & Abbe in G. B. B. bei Pommern sind in den Abwehrkämpfen eingetreten. Seit Jahren schon hat der Inhaber dieser Firma gemeinsam mit seinem Vblaus, Herrn Schuster, die Löhne fortwährend gekürzt, so daß sich die Arbeiter schon im vorigen Jahre genötigt sahen, die Arbeit niederzulegen. Damals einigte man sich wieder und die Arbeit wurde nach zwei Tagen wieder aufgenommen. Jetzt glaubte Herr Abbe, wie er sei an der Zeit, den Arbeitern eine Weihnachtsbescherung zu bereiten, er machte deshalb bekannt, daß die Akkordlöhne vom 7. Dezember an eine weitere Kürzung von 12 bis 50 Prozent erfahren würden. Nachdem alle Verhandlungsversuche an dem Widerstand des Herrn Abbe, der geäußert waren, haben die Arbeiter am Sonnabend, den 5. Dezember, die Arbeit einmütig niedergelegt. Wenn man bedenkt, daß innerhalb vier Jahren die Akkordlöhne teilweise um über 50 Prozent gekürzt worden sind, und daß die jetzt geltenden wiederum eine Kürzung von 12 bis 50 Prozent erfahren sollten, so muß man sich nur wundern, daß die Arbeiter nicht schon früher sich energisch zur Wehr gesetzt haben. Statt die Löhne auszubessern, wie Herr Abbe, der im vorigen Jahre versprochen, versucht er sie mehr und mehr zu drücken, und als die Lohnkommission es ihm vorstellte, daß, wenn man es sich gefallen ließe, er in einigen Monaten wieder mit einer weiteren Kürzung kommen werde, zuckte Herr Abbe nicht schlüssig mit den Schultern. Die Streikenden sind fast ohne Ausnahme vollunterstützungsberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Es dürfte nicht schwer fallen, den Sieg an die Fahne der Arbeiter zu heften, wenn der Zugzug ferngehalten wird.

Ferilohe. Wenn wir heute die Spalten unseres Organs in Anspruch nehmen, so geschieht es nicht, um wiederum über gerichtliche Nachhaken von der Aussperrung zu berichten (dieses Thema ist aber noch nicht abgeschlossen), sondern wir wollen in Kürze ein Bild über die gegenwärtige Situation geben. Der „Vorfest“ der „Redaktion“ des Arbeiterorgans hat es uns angetan, daß wir schon jetzt diesen Bericht geben, obwohl wir ihn eigentlich nach Schluß des Kampfes bringen wollten. Die genannte Redaktion wendet sich „An Verschiedene“ und sagt: „Wenn sich die dortigen Arbeiter nur organisieren wollen, wenn ein Streik vor der Tür steht, dann leisten auch wir Bericht auf sie. Der Vorstand wird in Zukunft streng nach den Statuten handeln; wer die Karenzzeit nicht be-

standen, erhält keine Unterstützung aus der Verbandskasse. Wir haben keine Lust, das Geld unserer treuen Kollegen an Unwürdige zu verschenden, welche nur als Kassenmarter fungieren wollen. Wenn das nicht gefällt, der kann sich einen anderen Platz suchen, wenn er noch Dumme genug findet, die ihn aufnehmen. Die Erfahrung hat nun doch zum hundertsten Male gezeigt, daß dieselben Ein treffliches Beispiel bietet. Hierlohn, als während der Aussperrung die „Freien“ 3000 Mitglieder zählten, jetzt noch, wie uns berichtet, 500; die „Christlichen“ 450, jetzt noch 180. Wir danken für solches Kassenmartertum.“ (Soll wohl heißen: Kassenmartertum. Der Einsender.) — Den ersten Teil dieser Ausführungen können wir voll und ganz unterschreiben und beschäftigen wir uns nur mit den Schlüssen. „Ist, die „Freien“ zählten während der Aussperrung 3000 Mitglieder, jetzt noch 500, die „Christlichen“ 450, jetzt noch 180. Zur Beruhigung unserer Verbandskollegen erklären wir von vornherein diese Angaben als unwahr. Zur Ehre der „Christlichen“ wollen wir aber ihre eigene Mitgliederzahl als richtig annehmen, obgleich wir sie auf höchstens die Hälfte tarieren. — Es besteht wohl keine Verwaltungsstelle unseres Verbandes, die eine so ungesunde Entwicklung zu verzeichnen hat wie gerade die Fierloher. Am Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres zählte sie 1494 Mitglieder, davon waren in diesem Quartal, also in der kritischen Zeit, 1074 eingetreten. Im zweiten Quartal traten weitere 177 Mitglieder bei und 97 gingen während dieser Zeit ab, so daß die höchste Mitgliederzahl während der Aussperrung 1574 betrug. Nach der Aussperrung traten die Zuhilfenahme mit angeblich 1087 Mitgliedern über. Wir sagen angeblich, weil wohl die Übergetretenen vergaßen zum größten Teile, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es waren eben Zehnpfennig-Mitglieder, die noch nicht gelernt hatten, Opfer für ihre Organisation zu bringen, die sich aber nicht scheuten, die Mittel unseres Verbandes im weitesten Maße in Anspruch zu nehmen. Das gleiche gilt für einen großen Teil der Mitglieder, die in der kritischen Zeit aufgenommen wurden. Wir teilen also vollkommen die Meinung des Arbeiterorgans, daß wir in Zukunft unseren Geldbeutel solchen Elementen gegenüber recht fest zuhalten. Aber wer trägt denn die Schuld an der Niederlage überhaupt? Sind es nicht gerade die christlichen Führer gewesen, die in dem Augenblick, als uns bessere Bedingungen geboten waren, hinter dem Rücken der Streikleitung mit den Fabrikanten ihre Abmachungen getroffen und so einen Verrat an der Arbeiterschaft ausgeübt haben? Haben sie nicht dadurch das Vertrauen der hiesigen Arbeiter in der Arbeiterschaft erschüttert? Wir werden uns in Zukunft schon hüten, mit solchen Leuten gemeinsame Sache zu machen. Daß die Herren „Christlichen“ nun selbst den Schaden mit davon haben, kann gar nicht wundernehmen. Sie haben sich durch dieses Vorgehen selbst entwaffnet und den Fabrikanten die Waffen ausgeliefert. Kann man sich da noch über das Vorgehen der hiesigen Fabrikanten wundern, wenn sie „ihren Arbeitern“ den Austritt aus der Organisation unter Androhung mit der Hungerpeiniche verweigern? Verzichteten sollen die Arbeiter auf das gesetzlich ihnen zustehende Recht, das die Unternehmer aber für sich im weitesten Maße in Anspruch nehmen. Kann man sich noch wundern über die Abzüge, die die Fabrikanten nach wie vor machen, ohne daß die Arbeiter etwas davon merken sollen? Offen wird man es noch nicht wagen, weil die Fabrikanten die Vernichtung der Organisation noch nicht erreicht haben. Kann man sich ferner noch wundern über den Rückgang der Organisation, wenn die Arbeiter in ihrem Nebenarbeiten den Verräter wittern, wenn die Fabrikanten, sobald sie von einer Fabrikabsperrung Wind bekommen, dann an die Lokale Posten stellen, wenn sie die Polizei auf solche Versprechungen aufmerksam machen, damit sie Überwachung dorthin dirigiert? Die Aussperrung haben wir überdauert, wir werden uns auch durch dieses Vorgehen nicht einschüchtern lassen. Wir werden unentwegt an dem Ausbau unserer Organisation weiterarbeiten. Wir sind der festen Überzeugung, daß gerade durch das Vorgehen der Fabrikanten den Arbeitern wieder die Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation beigebracht wird. Durch die Aussperrung haben wir weiter nichts verloren als unser Geld, was wir zwar bedauern, aber unerbittlich sind wir darüber nicht. Die Organisation als solche ist aber durch die Aussperrung gestärkt, denn zu Beginn des Kampfes zählten wir 420, heute aber 1300 Mitglieder und nicht, wie die „Christlichen“ behaupten, 500. Und es ist lediglich auf das Konto der „Christlichen“ zu schreiben, wenn wir nicht stärker sind. Wenn unsere übrig gebliebenen Getreuen ihre volle Pflicht und Schlichtigkeit tun, unermüdet agitierten, sich durch nichts einschüchtern oder zurücktreten lassen, dann werden wir in absehbarer Zeit in die Lage versetzt, das Verlorene wieder zu gewinnen und einen gründlichen Ausgleich mit den hiesigen Fabrikanten vornehmen zu können.

Jena. (Vom Feiswerk in Jena.) Am Dienstag den 8. Dezember fand im großen Saale des Rathellers in Wengigenjena eine gemeinschaftliche Versammlung der Mitglieder der allgemeinen Verwaltungskasse und der Sektion der Mechaniker und Optiker statt, die sich eines guten, wenn auch nicht gerade sehr starken Besuches zu erfreuen hatte. Das sei deshalb hervorzuheben, weil die Wichtigkeit der Tagesordnung mehr erwarten ließ. Schon der angelegentlichste Vortrag des Kollegen Wolf aus Magdeburg: „Die Bedeutung der Gewerkschaften und Tarifverträge“ hätte es jedem Mitglied zur Pflicht machen müssen, in der Versammlung zugegen zu sein. (Es gibt eine ganze Anzahl, die sich immer brüsten mit ihrer langen Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung, am Redonieren es auch nicht fehlen lassen, aber fast bei jeder Versammlung mit ihrer Abwesenheit glänzen.) Nachdem sich die Versammlung zunächst mit der Betriebskrankenkasse der Firma Karl Zeiß durch Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl beschäftigt hatte, nahm sie den Vortrag des Kollegen Wolf entgegen. In andertalbhündigen Ausführungen entlegte sich der Referent der ihm gestellten Aufgabe zur Zufriedenheit aller Anwesenden, wie der lebhafteste Beifall und der Verzicht auf eine Diskussion bewies. Nun kam der mit Spannung erwartete Punkt an die Reihe: Die letzten Vorgänge bei der Firma Karl Zeiß. Das einleitende Referat erstattete der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Leber. Hier seien zunächst dem Schreiber dieses Berichtes ein paar Bemerkungen gestattet. Als vor wenigen Monaten die Arbeiterblätter über die von Professor Auerbach verfaßte Abhandlung, „Das Feiswerk und die Karl Zeiß-Stiftung in Jena“ berichteten, da erwarteten diese Berichte wohl nur die eine Auffassung: Die optische Werkstätte von Karl Zeiß ist eine Mutterwerkstätte in jeder Beziehung, und die darin beschäftigten Arbeiter genießen schon auf Erden paradiesische, das heißt zukunftsstaatliche Freuden. Gewiß ist viel Licht vorhanden. Der Achtundzestig seit mehreren Jahren eingeführt, die Werkstätten genügen in hygienischer Beziehung allen Anforderungen, der Arbeitsvertrag ist auf modernen Grundsätzen aufgebaut, die Wohnstätten-einrichtungen lassen kaum einen Tadel zu und das Stützungsstatut sichert den Angestellten die unbeschränkte Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte. Aber wo Licht ist, da ist auch Schatten. Und fast scheint es, als ob die Schatten immer größer würden. Besonders seit Professor Abbe, der hochherzige und allverehrte Stifter, von der Geschäftsleitung zurückgetreten ist. Sein guter Geist ist nicht mehr so mächtig, seit das Erbe von anderen Händen verwaltet wird. Und doch gilt noch immer das Statut, der Arbeitsvertrag, wie unter Professor Abbe. Der Buchhalter tötet, nur der Geist macht lebendig. (In Kleinigkeiten ist man groß! Man sieht ein Stiftungstatut nach, ob vielleicht Professor Abbe bewertend das Statut aus.) Die letzten Vorgänge? Etwa 60 Optiker sind wegen sinnloser Überproduktion entlassen worden, der Arbeiterausschuß hat demissioniert, die Gewinnbeteiligung ist in diesem Jahre zum erstenmal auf dem Papier stehen geblieben. Die Differenz mit dem Arbeiterschuß glückte sich, wenn auch ein Stachel zurückblieb, durch die Auswahl aus, das übrige aber blieben harte Schläge für die Arbeiterschaft. Die schöne Theorie bekam ein Loch. Aber damit nicht genug. Es kommt schlimmer. Der Arbeitsvertrag wird interpretiert, daß es eine Art hat, an den Akkord-

löhnen wird herumgedoktert, daß es fracht. Das letztere ist zurzeit die Hauptfrage; es geschieht unter dem Zeichen der Akkordregulierung. Akkordlöhne die niederen auszubessern, so ließe man sich das ohne Mühen gefallen; ein solches Vorgehen fände die Unterstützung der Arbeiterschaft, die durch ihre Vertreter erklären ließ, daß sie zur Beseitigung der Auswüchse des Akkordsystems die Hand zu bieten bereit ist. Die Akkordregulierung aber, wie sie jetzt von der Firma durchgeführt wird, hat einen bitteren Beigeschmack, der in einer allgemeinen Herabminderung des Lohnes zum Ausdruck kommt — zu dem Zweck, die Überschüsse des Unternehmens wieder zu heben. Über Einzelheiten gab der Referent dieses Punktes hinreichenden Aufschluß und die Diskussion vermehrte das Material. Wie anderwärts, so sollen auch hier die Niemen aus der Haut der Arbeiter geschnitten werden. Uns dünkt, es wird am unrechten Orte gespart. Eine hervorragende Rolle bei diesen Neuerungen spielt, was hier nicht unerwähnt bleiben kann, ein Herr Dr. Föhr, der ganz plötzlich am Horizont aufgetaucht ist und zum Leiter der Personal- und Wohlfahrtsabteilung der Firma ernannt wurde. Frischgebacken wie er war, ging er sofort an die Reform und bekannte sich zu Grundfragen in der Arbeitsmethode, über Leistung und Lohnhöhe, daß sie den schärfsten Widerspruch herausforderten. Dabei ist Herr Dr. Föhr ausgesprochenem Maße der Meinung, von Jena aus den sozialen Frieden über ganz Deutschland verbreiten zu können. Letzte Friedensstänge das, die er — ob mit oder ohne seinen Willen, sei dahingestellt — nach seinem Eintritt in den Betrieb eingeschlagen hat. Der Herr hat auch die wunderliche Idee, der Arbeiterschaft in dem Augenblick, wo die Gewinnbeteiligung ausfällt und Akkordreduktionen eintreten, die Gründung einer Spargenossenschaft zu empfehlen. Alle Achtung vor dem Genossenschaftswesen; aber alles zu seiner Zeit und am rechten Orte. Der Herr war auch so unvorsichtig, dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses zu erklären, daß im nächsten Jahre wahrcheinlich ebenfalls kein Gewinnanteil ausbezahlt würde. Alles in einem Atem! Da blieb denn der Arbeiterschaft nichts weiter übrig, als zu den „letzten Vorgängen“ in klarer Weise Stellung zu nehmen. Die Versammlung hat diese Klarheit gebracht. Nach langer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Da Herr Dr. Föhr gegenüber dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses erklärt hat, daß auch im nächsten Jahre keine Nachzahlung erfolgen kann und dadurch 150 Mtl. im Durchschnitt bei jedem einzelnen an seinem Einkommen fehlen, erklärt die heutige Versammlung, Abzüge bei Akkordlöhnen in Zukunft nicht zuzustimmen zu können.“ — Aus den vorliegenden Darlegungen ist ersichtlich, daß die Arbeiterschaft der Firma Karl Zeiß nicht gerade rosigen Zeiten entgegengeht. Ihr erwächst die Pflicht, das Erbe Professor Abbes hoch zu halten, sein Werk gegen jede Einengung zu verteidigen, das Geschaffene auszubauen. Das kann sie jedoch nur, wenn sie sich in einer machtvollen Organisation zusammenschließt. Der Anfang ist gemacht: in den letzten Wochen sind zahlreiche Aufnahmen erfolgt. Aber noch steht der größere Teil der Arbeiterschaft außerhalb der Organisation. Das muß anders werden. Keiner darf zurückbleiben, denn es gilt mehr als bisher die Vertretung gemeinsamer Interessen. Professor Abbe hat den Arbeitern nicht umsonst zugerufen: „Organisiert euch!“ Die Zeit ist gekommen, wo die Worte allseitig beherzigt und in die Tat umgesetzt werden müssen!

Nachschrift. Drei Tage, nachdem über die Versammlung im Jenaer Volksblatt berichtet war, gab Herr Dr. Föhr in diesem Blatte bekannt, daß, soweit die Gewinnbeteiligung oder Nachzahlung für das nächste Jahr in Frage komme, der Vorsitzende des Arbeiterausschusses Herrn Dr. Föhr mißverstanden habe. Er will nur gesagt haben: „Wenn die geleistete Arbeit andauernd über den Weltmarktpreis bezahlt wird, so erhalten ja die Arbeiter schon dadurch den Teil ihres Gewinnes, und es wird dann nicht möglich sein, ihnen an Schlüsse des Jahres diesen Anteil noch als Dividende zu zahlen.“ Dem gegenüber stellen wir fest, daß Herr Dr. Föhr genau so gesagt hat wie es der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Leber, in seinem Referat mitgeteilt habe. Nämlich: Daß ganz bestimmt verjüngert wurde, daß auch im nächsten Jahre keine Dividende bezahlt werden kann. Wenn Herr Dr. Föhr über Sachen redet, die er nicht kennt, so ist das seine Sache. Wir haben gar keine Veranlassung, jemanden, der früher im Berg- und Hüttenbau tätig war, der seit einigen Wochen erst hier ist und schon alles in der Feinmechanik versteht und schließlich auch seine frühere Methode nach Jena verpflanzen will, als Freund der Arbeiterschaft zu behandeln.

Köln a. Rh. Der Druck der letzten Krise lastete auf der gesamten deutschen Metallindustrie, am fühlbarsten hat er sich aber wohl in dem sehr reichen rheinisch-westfälischen Industriebezirk gemacht. Ganze Fabriken, die Hunderte von Arbeitern beschäftigten, sind außer Betrieb gesetzt worden, in vielen größeren Betrieben wurde die Arbeiterzahl bis die Hälfte der früher beschäftigten reduziert. Im Kölner Industriebezirk sind es hauptsächlich die Waggonfabriken und Elektrizitäts-Aktiengesellschaften, die sehr in Mitleidenhaftigkeit gezogen wurden. So zum Beispiel war die Köln-Schneiderei Waggonfabrik, vormals Herbrand & Co., gezwungen, ihre erst vor ein paar Jahren neu erbaute Zweigfabrik, in der einige hundert Arbeiter beschäftigt wurden, ganz außer Betrieb zu setzen. In der Hauptwerkstätte dieser Fabrik mußten mehrere hundert Arbeiter entlassen werden, die übrigen arbeiten bis auf den heutigen Tag mit verkürzter Arbeitszeit. Auf die große Waggonfabrik von van der Zypen & Charlier trifft das gleiche zu. Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Genios arbeitet noch mit kaum der Hälfte ihrer früheren Arbeiterzahl. Um kurz zu sein, in fast allen Betrieben wurde teilweise mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Eine auf fallende Erscheinung, die man schon während der Krise wahrnehmen konnte, ist die, daß die hiesigen großen Gasmotorenfabriken die ganze Zeit hindurch mit Aufträgen voll versehen waren. Und um alle Aufträge ausführen zu können, war die Gasmotorenfabrik Deutz gezwungen, in verschiedenen Ressorts ihres Werkes teilweise Tag- und Nachtschicht einzuführen. Auch die Gasmotorenfabrik von Karl Schmitz, die vor kurzem in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde und jetzt mit internationalem Kapital arbeitet, war gezwungen, ihren Betrieb durch Neubauten zu vergrößern, und sie ist jetzt noch nicht imstande, ohne Überstunden ihre Auftraggeber zu befriedigen. Selbst während der Krise sind noch einige kleinere Gasmotorenfabriken entstanden, wovon eine ihren Betrieb schon wieder durch einen großen Neubau vergrößert hat. Die beiden letztgenannten Fabriken haben sich hauptsächlich auf die Fabrication von Saggas-Generatormotoren verlegt. Diese geniale französische Erfindung, die sich in neuerer Zeit die deutschen Fabrikanten zu eigen gemacht haben, wird wohl in kurzem eine große Umwälzung in den Anlagen der Kraftmotoren wegen der durch sie erzielten Raumersparnis, ihrer einfachen und billigen Bedienung herbeiführen. Auf jeden Fall wird sie den elektrischen und Dampfmaschinen das Feld teilweise mit Erfolg freitig machen. — Zu Anfang der Krise, die, wie bekannt, sehr plötzlich und scharf auftrat, haben wir mit Sorge auf unsere Metallarbeiterbewegung, denn wir glaubten, auf Grund der großen Arbeitslosigkeit würde es einen großen Rückschlag in unserem Verband geben, vor allen Dingen in unseren Zahlstellen von Köln und Umgebung. Wer die Schwierigkeit der Agitation im hiesigen Bezirk kennt, wird mir darin recht geben, daß wir Ursache hatten, nicht so ganz sorglos zu sein. Nicht allein, daß wir gegen den Unverstand der Massen und gegen das Kapital ankämpfen müssen — unsere Hauptgegner und Zerplitterer der Arbeitermassen sind die sogenannten „christlichen“, in Wirklichkeit Zentrumsgewerkschaften. Durch die Gründung der Zentrumsgewerkschaften glaubten unsere Gegner die freien Gewerkschaften in Grund und Boden schlagen zu können. Mit großem Pompe traten die „Christlichen“ in die Bewegung ein, ein ganzes Heer von „bezahlten Agitatoren“ wurde uns entgegengestellt, mit großen Versprechungen wurden die Arbeiter angelockt. Man hatte aber doch das Fell eher verkauft als man den Bären erlegt hatte. Die Arbeiter sahen denn auch sehr bald ein, welchen eigentlichen Zweck man mit diesen Gründungen verfolgte. Den Zentrumsgewerkschaften ist es nicht darum

zu tun, die Lage des Arbeiters zu verbessern, sondern lediglich darum, die Arbeiter, die scharenweise der Zentrumsfraktion unterworfen, wieder an diese Fraktion zu fesseln. Man sollte meinen, im deutschen Rom müßten die Zentrumsgelehrten eine reiche Quelle befehlen im Anwerben von Mitgliedern. Wer jedoch diese Bewegung aufmerksam verfolgt, wird gefunden haben, daß dies nicht der Fall ist, daß im Gegenteil die „christliche Bewegung“ ihren Höhepunkt schon längst überschritten hat. Gegen diese Tatsache helfen alle Fäulungsversuche nichts. Sie ist im weiteren Abnehmen begriffen. Im Zentrumslager hat man dies auch schon verspürt, daher wirft man sich mit aller Gewalt auf die Jugend. Jetzt, nach Einführung der Zwangsfortbildungsschule, hat die Zentrumsfraktion im hiesigen Stadtverordnetenkollegium beantragt, wenigstens Schulstufen zur Verfügung zu stellen, um nach Schluß des Fortbildungsunterrichtes Religionsunterricht erteilen zu können, welchem Antrag auch stattgegeben wurde. Man merkt aber jetzt nach kurzer Zeit schon, daß bei dem Unterricht die Propaganda für die bestehenden Junglingsvereine eine größere Rolle spielt als die Erteilung des Religionsunterrichtes. Beweise dafür stehen uns zur Verfügung. — Durch alle diese Vorwände ist es aber gekommen, daß unserer gewerkschaftlichen Bewegung hier von der Arbeitererschaft jetzt viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als es früher der Fall war. Infolge der maßlosen Gehe der Gegner haben wir den Erfolg zu verzeichnen, daß unsere Verwaltungsstelle mit jedem Tage zunimmt. Ein großes Bedürfnis stellte sich in diesem Jahre heraus, das unbedingt befriedigt werden mußte. Durch den Zuwachs an Mitgliedern waren die Ortsbeauten, die ihre agitatorische Tätigkeit nur nach Feierabend entfalten konnten, nicht mehr in der Lage, der Sache so zu folgen, wie es im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung unbedingt erforderlich ist. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beschloßen die Verwaltungsstellen Köln, Ehrenfeld und Lindenthal, sich in eine Verwaltungsstelle zu verschmelzen und einen befähigten Geschäftsführer anzustellen. Dieser Plan, der nicht neu war, sondern schon lange seiner Verwirklichung harter, scheiterte aber stets an dem Finanzpunkt. Im Juli waren wir nur in der glücklichen Lage, daß wir den Plan verwirklichen konnten. Seit dieser Zeit, das kann man behaupten, hat eine viel größere Sicherheit und ein erfreulicher Agitationsseifer bei den Mitgliedern Eingang gehalten. Der beste Beweis dafür ist, daß der Mitgliederstand unserer Verwaltungsstelle, die früher stets als hinterher den anderen nachkam, sich in der kurzen Zeit auf 1700 Mitglieder erhöht hat. Wie schon angeführt, die Mitglieder fühlen sich viel sicherer, darum ist ihr Eifer auch viel größer. Sie wissen, daß ihnen zu jeder Zeit ein aufrichtiger Berater zur Seite steht, der jeden Augenblick eingreifen kann, ohne befürchten zu müssen, vom Unternehmertum gemaskiert zu werden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist die Zeit nicht allzufern, daß wir 2000 Mitglieder zählen. Bedauerlicherweise muß konstatiert werden, daß es noch Verwaltungsstellen in unserer Umgebung gibt, die sich nicht entschließen können, der Verschmelzung beizutreten, obwohl bei ihnen die Verhältnisse ebenso liegen wie bei uns. Den Mitgliedern möchte ich den Rat erteilen, sich nur das Ziel vor Augen zu halten: Ausbau der Organisation und damit verbundene Befestigung der Arbeiter.

Magdeburg. Am 8. Dezember fand im Thaliaaal in Budau eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die speziell von Arbeitern der Fabrik von Schöffler & Budenberg zahlreich besucht war. Einleitend behandelte Kollege Brandes die abblehnde Antwort des Industriellenverbandes auf die von der Gewerkschaftsleitung verfasste Eingabe, die die Metallarbeiter zu einer rüchlichen Kritik der Mißstände in den Betrieben zwingt. In Budau sei von den Großbetrieben auch nicht einer zu nennen, wo die Arbeitsverhältnisse zufriedenstellend seien. Die Unternehmer haben im Verein mit ihren Angestellten in kaum glaublicher Weise die Arbeitsverhältnisse verschlechtert, und sie konnten dies, weil der Organisation in den meisten Betrieben die Macht fehle, dies zu verhindern. In einer Fabrikversammlung der Arbeiter von Garrett Smith & Co. wurde festgestellt, daß dort eine unheimlich lange Arbeitszeit herrscht. Bis über 120 Stunden pro Woche müßten geleistet werden. Dabei ist der Verdienst nur ein minimaler und beim Schluß der Saison fliegt die Hälfte der Arbeiter auf die Straße. Daneben existieren natürlich noch eine Reihe anderer Mißstände. Bei der Firma Krupp wurden betriebs der Eisengießerei die miserabelsten Verhältnisse aufgedeckt. Und nicht nur dort herrschen diese, sondern auch in den übrigen Werksstätten des Grusonwerkes, speziell in der Stahlgießerei. Die Beweise dafür werden in nächster Zeit erbracht werden, desgleichen von C. L. Strube, R. Wolf, D. Gruson, Maschinenfabrik Budau Aktien-gesellschaft und andere. Für heute soll nur der Betrieb von Schöffler & Budenberg einer Kritik unterzogen werden. Um die prophanhafte Antwort des Industriellenverbandes noch zu über-trumpfen, sind hier wenige Wochen darauf neue Abzüge durchgeführt worden und zwar von 20, 25 und 30 Prozent, obgleich von den Arbeitern der ganzen Fabrik schon seit Jahren darüber geklagt wird, daß von einem Verdienst, mit dem eine Familie arbeitsfähig zu ernähren ist, nur noch bei einzelnen gesprochen werden kann. Diese müssen, von Ausnahmen abgesehen, diesen Verdienst mit Mitteln erzwingen, die mit den Anforderungen der modernen Arbeitererschaft nicht vereinbar sind. Die so Bevorzugten, denen man immer die Lohnminderungen und bestbehaltenen Aufträge zukommen läßt und die so allerdings noch zu einem hohen Verdienst kommen, benutzt die Firma dann, um neue Abzüge durchzuführen. Ein Wochenverdienst von 12 Mk. ist keine Seltenheit. Aber es können auch Wochenverdienste von 10, 8 und sogar 5 Mk. angeführt werden. Dabei herrscht ein Straßensystem, wie in keiner anderen Fabrik. Für Zutrittskommen, Fehlen, angeblich schlechtes Fegen, schlechtes Putzen hagelt es tömlich Strafen. Des Montags kommen die Meister mit zehn, fünfzehn und mehr Strafgeldern (Allgemeine Aufsicht: Bierzig, fünfzig), und wer nicht einen demütigen Witzgang machen will, muss sich von seinem langen Verdienst diese Abzüge gefallen lassen. Selbst Kranke werden auf solche Weise bedacht. Das mit den Strafgeldern wird, darüber geht den Arbeitern jede Kontrolle. Die gewagtesten Behauptungen werden bezüglich der Verwendung aufgestellt. Ein ganz besonderer Mißstand liegt in der Zettelschreiberei. Stunden-löhne müssen die Arbeiter auf das Vergeben einer Arbeit durch den Meister warten, und dann fallen sie sich wieder Stunden an der Zettelschreiberei auf, ehe sie den sogenannten Zettelschein bekommen. Da in der Fabrik die Zeitarbeit bis ins kleinste durchgeführt ist, indem einzelne Arbeiter zum Preise von 1, 1/2, selbst 2 Pf. veran-lagert werden, ist es klar, daß die Arbeiter lieber auf Bezahlung verzichten, als daß sie sich Stundenlang an der Zettelschreiberei hinziehen, um den Zettelschein zu bekommen. Die Arbeiter opfern drei Viertel ihrer Mittagspause, um als erste an der Zettelschreiberei zu stehen. Wenn fünf zwei Mann zusammengehen, werden sie angebrüllt; hier aber stehen fünfzehn bis zwanzig Mann und kriechen vorwärts. Es fällt es ein, diesen Mißstand zu ändern. Das Bestreben, das früher gesündigt und tadellos war, ist heute Lapp und zum Teil schlicht. Zudem haben die Werkverwalter wenig zu tun. Dabei wird tadellose Arbeit verlangt. Vor einigen Jahren wurde eine Deputa-tion entsandt, die der Firma eine Mißstände überreichte, die Abzug der Hilfsarbeiter von 26 auf 30 Pf. zu erhöhen. Das ist bis auf den heutigen Tag nicht geschähe. In der Straßenschreiberei meldete sich ein in den letzten Jahren lebender Arbeiter, der sechs Kinder zu ernähren hat und der mit 26 Pf. pro Stunde bei dieser Betrieben entlohnt wird. Dabei ist zu bedenken, daß zum Teil ver-lagte Arbeiter herrschen. Im Maschinenbau sind in den letzten Wochen wieder die obigen Abzüge durchgeführt, trotzdem schon hier die bittersten Klagen über den Verdienst laut werden. Wenn von einzelnen Kollegen die Abzüge von den Arbeitern bedauert werden, so weist das jenseitig an. Sie sollten dann doch etwas sagen, der Firma zu erklären, derartige Abzüge sind un-erträglich. Vor einem Jahr hat die Fabrik die Korrigierten so etwas noch gemacht. Heute sind sie aber nur noch die auf ihre Qualifikation Anspruch nehmenden Spezialisten der Fabrik. Die obigen Korrigierten stellen auch jetzt die schlechtesten Arbeiter als Meister hin. Sie erklären, es müsse so billig wie in Amerika gearbeitet werden. Die ganze Leute wissen auch das, daß es

Großkapitalisten Goldberger studieren, das dieser über amerikanische Arbeiterverhältnisse geschrieben hat, dann würden sie anders urteilen. Als der Abzug bekannt wurde, haben einige Arbeiter wieder eine Mißschrift ausgearbeitet und mit der Überbringung eine Kommission von acht Mann betraut. Die Kommission ist aber abgelehnt, der Mißschrift ist keine Folge gegeben. Man teilte mit, wer sich be-nachteiligt fühle, möge selbst kommen, damit basta. So sehen die Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma aus. Die Arbeiter sehen, daß mit Mißschriften nichts zu ändern ist, sondern nur — so schloß Brandes — durch eine machtvolle Organisation, wie sie der Deutsche Metallarbeiter-Verband darstelle. In der Diskussion beleuchtete Ge-nosse Gorgas die Verhältnisse der Holzarbeiter bei obiger Firma mit kräftigen Worten. Folgende Resolution fand einstimmige An-nahme: „Die heutige öffentliche Versammlung der Arbeiter der Firma Schöffler & Budenberg protestiert energisch gegen die weitere Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses in genannter Fabrik, speziell gegen die unsinnigen Abfordrungen, da jetzt schon Wochenlöhne von 12, 10, 8 Mk. und weniger bezahlt werden. Die Versammlung ist sich bewußt, daß Protestieren allein nicht genügt, sondern zur Änderung eine machtvolle Organisation gehört. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß jeder Kollege sich dem Metallarbeiter-respektive Holzarbeiter-Verband an-schließt, um mit dessen Hilfe eine Änderung des Arbeitsverhältnisses zu erreichen.“ Der Vorsitzende, Kollege Hähnen, stellte den Ver-sammlung die Ärzte als Mutter hin, die jetzt in ganz Deutschland For-dorderungen von 30, 60 ja 100 Prozent stellen und durchbrücken. Selbst bei den armen Arbeitern in Grimnitzhau wären die Ärzte fast zum Streite geschritten, hätten sich dann aber mit einer „Lohn-erhöhung“ von 30 Prozent begnügt. Er wies sodann noch auf eine eventuelle Aussperrung hin, zeigte die Vorteile der Organisation für den Arbeiter und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung. — Wie wir noch nachträglich erfahren, bestand sich die Gattin eines Meisters aus dem Manometerbau während der Versammlung hinter einer Türe, die als Notausgang dient, und hörte die Verhandlungen mit an. Offenlich hat sie einen richtigen Bericht über die dort zur Sprache gebrachten Uebel-stände aus der Fabrik ihrem Gatten übermitteln.

Magdeburg. Die Abfordrungen bei Schöffler & Budenberg behandelte auch der Regulator, das Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Nachdem das Blatt die Abzüge besetzt, knüpfte es folgende Bemerkung an seinen Artikel an: „Als die Abzüge bekannt wurden, versammelten sich die Arbeiter und wählten eine Kommission von acht Mann, welche der Direktion die Bitte unterbreiten sollte, die Abzüge rückgängig zu machen. Wie verlautet, soll die Direktion auch geneigt gewesen sein, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Da fährt die Volksstimme, Organ der Sozialdemokratie, dazwischen mit einem Artikel und am selben Tage bekommt die Kommission den Bescheid, daß die Direktion es ablehnt, mit ihr zu verhandeln. Wer Grund zur Beschwerde hat, soll selbst kommen; mit dem einzelnen will die Direktion verhandeln.“ — Was sagen die Arbeiter der Fabrik von Schöffler & Budenberg zu dieser Leistung des Regulator, das doch auch ein Arbeiterblatt sein will. Aber selbst, wenn es so wäre, wie das Blatt schreibt, hätte die Volksstimme nur ihre Pflicht getan. Es ist aber Schwund! Keiner der dort Beschäftigten ist bekannt geworden, daß die Direktion beabsichtigt hätte, mit den Arbeitern zu verhandeln. Fällt der Direktion auch gar nicht ein, so lange sie weiß, daß die Organisation noch nicht stark genug ist. Mit dem „Sagwischenfahren“ zieht es ebenso aus. Die Volksstimme erscheint bekanntlich des Abends. In dem Tage, wo der Kommission die Mitteilung wurde, daß mit ihr nicht verhandelt würde, fand abends die Notiz in der Volksstimme. In dieser Weise glauben die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner die Arbeiterverhältnisse zu verbessern. Mögen die übrigen Arbeiter ihre Lehre daraus ziehen.

Pforzheim. Wer in den hiesigen Tagesblättern die Unmasse von Stellenangeboten der Unternehmer liest, der muß sich sagen: Na, in Pforzheim müssen die Arbeiter aber viel Geld verdienen. Nun, wir bezweifeln gar nicht, daß jetzt viel zu tun ist, es ist ja Saison. Aber wir glauben bestimmt annehmen zu können, daß dieses Ansehen in masse auch einen anderen Zweck haben soll, nämlich, die Nachfrage nach Arbeit zu vermindern, denn nicht umsonst zahlen einzelne Firmen Bauzuschüssen an die Zeitungen. Man hört ja nur zu oft die Unternehmer sagen: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen.“ Man geht jedenfalls nicht fehl, wenn man behauptet, daß durch dieses viele Ansehen und die dadurch bedingte Nachfrage ein Druck auf die Lohnhöhe ausgeübt werden soll. Es besteht hier auch ein Arbeitsnachweis, aber der wird von den Fabrikanten nicht benutzt, und die Arbeiter haben auch kein Vertrauen zu ihm. Der Arbeitsnachweis sollte von der Stadt geführt und paritätisch eingerichtet werden, dann wäre die Möglichkeit vorhanden, die Arbeiter an den Arbeitsnachweis zu gewöhnen und mit Erfolg dieses unsinnige, für die Arbeiter schädliche Ansehen bekämpfen zu können. Wollen also die Arbeiter hier helfen eingreifen, dann müssen sie, wie in allen anderen Angelegenheiten, selbst die Sache in die Hand nehmen. Die organisierten Kollegen müssen diese Frage erörtern, sie müssen die indifferenten Arbeiter auf dieses Uebel aufmerksam und ihnen klar machen, daß hier also eine partei Organisation helfen kann. Wie lang dauert's denn noch, dann wird aus dem zwölf- bis vierzehntägigen Arbeitstag wieder der kurze Arbeitstag oder, wie es auch sehr oft vorkommt, daß erst am Mittwoch die Woche beginnt. Das sind alles nur Folgen der Interesslosigkeit der Arbeiter für ihre Organisation. Es kann uns nicht wundernehmen, daß dem so ist. Denn wenn von 500 organi-sierten Arbeitern 15, jage und schreie fünfzehn Mann die Mit-gliederversammlungen besuchen, dann kann auch keine Rede von einer erproblichen Arbeit sein. Die Anstreben: In den Versammlungen werden viel persönliche Auseinandersetzungen gepflogen, des-halb geht ich nicht hin, die gelten nimmer. Was gewesen ist nun vorher. Kollegen Pforzheim, sagt wieder Vertrauen zu eurer Organi-sation, sagt alles Kleinliche, Persönliche beiseite und kämpft für unsere Ideale und ihr werdet stark genug sein, der Anarchie in den Pforzheim Arbeitverhältnissen ein Sakl entgegenzusetzen. A. W.

Freys-Riel. Die Nr. 19 unseres Verbandsorgans bringt eine Notiz aus Regensburg, die sich in der Hauptsache mit dem kürzlich erfolgten Austritt mehrerer Guttempler aus dem Verband und ihrem Anschluß an einen patriotischen Verein befaßt. Wer der Ansicht ist, daß unser Verbandsorgan ohne Not nicht zur Ablagerungstätte von persönlichen Gefühlsäußerungen und Unmut aller Art gemacht werden soll, wird sich von dem Geist, der die Notiz durchdringt, von der Sachlichkeit und wunderbaren Logik gerade nicht angenehm berührt fühlen. Da sich überdies in den Reihen der Verbandsmitglieder mehr Guttempler finden und diese im Verhältnis besser qualifiziert sein dürften, als der Schreiber der Notiz in Nr. 19 anzunehmen scheint, dürfte es schon im Interesse dieser Kollegen liegen, wenn man die Ausführungen unseres Regensburger Kollegen ein das richtige Maß zurückführt. — Ein Verbandsmitglied wird von einem anderen durch unzulässige Betragen derart angepöbel, daß ihm nach seinen Grundsätzen kein anderes Recht zu stehen bleibt, als sich nach einer anderen Stadt zu wenden. Und warum dies? Weil der An-gereckte im Alkohol einen Feind erblickt, den zu bekämpfen er sein Ehrenwort auf Lebenszeit gegeben hat, der andere aber „die geistigen Getränke nicht verachtet“. Ein anderer Guttempler, ebenfalls Verbandskollege, unterbreitet den Fall dem Beschlüssigsten der Orts-versammlung, wofür ihm die Antwort zu teil geworden sein soll. „Persönliche Reibereien können nicht beruhsichtigt werden.“ Dem-er Sozialdemokratie wirklich die Antwort erteilt hat, so war das die Fehler. Bona haben wir denn die fehrstrenge Bestimmung über die Schlichtung persönlicher Streitigkeiten? Der Verband hat doch ein großes Interesse daran, seine Mitglieder zur Selbst-zucht und gegenfeitigen Achtung anzuhelzen. Wenn ich denn eine Anzahl ebenfalls dem Gewerksverband angehöriger Verbandskollegen mit dem Betroffenen solidarisch erklären und dieses dazu zum Beispiel kam, daß sie allezeit dem Verband den Rücken krücken, so ist das ein sehr verächtliches Benehmen. Eine wert-würdige Seite des Korrespondenten Briefes ist aber unannehmlich, wenn er aus Regensburg befragt: „Daraus erhebt man nun, daß es

um ein lange Zeit vorher geplantes Werk handelt.“ Voraus ersehen Sie dem das, werter Kollege? Vielleicht daraus, daß der Beleidigte am Beschreiten des Beschwerdebwegs gegen den intoleranten Kollegen vom Beschlüssigsten verhindert worden sein soll? Wenn Sie es dann bedauerlich finden, daß unter diesen Guttemplern „sich Leute befinden, die sich damit brüsten, schon 10 bis 12 Jahre organisiert zu sein“, so finde ich es noch bedauerlicher, daß solchen alten Verbandskollegen, die sich schließlich auf die Treue, welche sie dem Ver-band so lange Jahre hielten, auch etwas einbilden dürfen, so wenig Achtung ihrer persönlichen Freiheit entgegengebracht wird, daß ihnen zuletz die Mitgliedschaft im Verband, die auch in letzter Zeit immer größere Anforderungen an den einzelnen stellt, derart vererbt wird. Dagegen bin ich mit Ihnen der Ansicht, daß es notwendig ist, der Agitation des „Arbeiterbundes“ von Landratsgnaden energisch entgegenzutreten, weil dieser Verein es um die Sache des Proletariats nicht anders verdient. Aber schwerlich wird etwas gegen solche Vereine erreicht werden, wenn man durch sein eigenes Betragen in den eigenen Reihen Zwiespalt schafft und für Zuwachs dieser Vereine sorgt. Da ist es notwendig, daß sogar „selbst mit diesen Wabel-stirrupfeln“ wieder Fühlung gewonnen, die eigenen Fehler ein-gestanden und soweit als möglich wieder gut gemacht werden, damit man die fahnenflüchtig gewordenen älteren Kollegen samt „dem Jungling von 19 Jahren“ (wie gehässig) über das Verlechte ihrer Handlungsweise aufklären und für den Verband zurückgewinnen kann, nicht aber durch solche Zeitungsartikel noch mehr erbittern! Dies gilt wohl auch für die Verhältnisse an manchem anderen Orte.

Rundschau.

Der Reichstag

Am 3. Dezember durch den Grafen Billow mit einer nicht-sagenden Thronrede eröffnet. Am Tage darauf fand die Präsidienwahl statt, aus der neben den Grafen Ballestrem und Stolberg-Wernigerode der nationalliberale Agrarier Raasche hervorgingen. Der sozialdemokratische Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten wurde niedergestimmt. Abgeordneter Singer erhielt nur die Stimmen der 68 anwesenden Sozialdemokraten.

Die Sozialpolitik soll nach der Thronrede „auf den in früheren Kundgebungen vorgezeichneten Grundlagen fortgeführt werden“; vermittelte dachte der Verfasser dieser Stelle an die „Rundgebung“ des Grafen Podawosty in der Reichstagsitzung vom 13. Dezember 1887, wo er sagte, daß er keine neuen sozialpolitischen Gesetze vorlegen werde, weil „die freundliche Mitwirkung der Unternehmerklasse fehle“! Einzig und allein die Vorlage eines Gesetzes zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Handlungsgehilfen und ihren Chefs wird verprochen, aber es wird schon angedeutet, daß die Vorlage nicht Handelsgerichtliche bringen soll, wie sie die Gehilfen selbst fordern. Vom Maximalarbeitsstag, von der notwendigen Reform und Sicherung des Koalitionsrechtes, von der Reform der Versicherungsgesetzgebung, von einer durchgreifenden Fürsorge für das Arbeiterwohnungs-wesen findet sich kein Wort. Die Tatsache, daß bei den letzten Reichs-tagswahlen 3 Millionen Wähler ihre Stimmen für das sozialdemo-krautsche Programm, und wesentlich doch auch für die Gegenwarts-forderungen des zweiten Teiles, abgegeben haben, scheint auf die Regierung des Grafen Billow keinen Eindruck gemacht zu haben.

Auf dem Gebiet des Militarismus wird die Verlängerung des am 31. März 1904 ablaufenden Quinquennats um ein Jahr ge-fordert. Schonzeit und Stille vor dem Sturm! Nur die Unmöglichkeit, bei dem jetzigen verzweifelten Zustand der Reichsfinanzen mit neuen großen Belastungen zu kommen, hat offenbar veranlaßt, daß die Regierung erhebliche Mehrforderungen zurzeit zurückgestellt hat. Mithin mag auch die Besorgnis haben, daß eine große Militärvorlage zu einem Konflikt und einer Auflösung des Reichstags führen müßte; die wünscht man aber auch um ein Jahr zu verlagern, damit das Volk nicht so bald wieder „aufgewühlt“ werde.

Der neue Reichschatzsekretär v. Stengel, der früher in bayerischen Diensten stand, hat einen Gesekentwurf zur „Finanzreform“ vorgelegt. Denselben: Sicherung der Einzelstaaten gegen Erhöhung der Matrikular-beiträge, Beschränkung des Einmahnebewilligungsrechtes des Reichs-tags. Der ganze Entwurf offensichtlich ein Verlegenheitsprodukt, lediglich bestimmt, dem Widerspruch der einzelstaatlichen Finanz-minister gegen die kommende Militärvorlage begegnen die Spitze ab-zuschneiden. Das Schicksal dieser Pseudoreform ist ungewiß, da das Zentrum schwerlich mitmachen wird; die Sozialdemokratie steht in scharfer Opposition und verlangt die Einführung von direkten Reichs-steuern. Es ist eine Lebensfrage für das Reich, daß es sein Finanzsystem ändert und an Stelle der indirekten Steuern und der Zollüberschüsse direkte Steuern treten läßt. Zugleich eine Frage von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung, weil mit der Ab-schaffung oder systematischen Herabsetzung der Zölle und Verbrauchs-abgaben sowohl der Anreiz wie die Möglichkeit der schmächtlichen Liebesgabenpolitik schwinden würden, durch die sich heute wirtschaftlich rückständige aber politisch übermächtige Volksteile auf Kosten der Arbeiter berühren. Die mit einem Schlag eintretende Stärkung der Kaufkraft des Proletariats würde zugleich die Gefahr von Wirt-schaftskrisen erheblich vermindern.

Die sozialdemokratische Fraktion und ihr nach die Zentrums-fraktion und die Nationalliberalen haben eine Reihe von sozial-politischen Initiativanträgen eingebracht, über die an dieser Stelle noch im Zusammenhang berichtet werden wird. Nationalliberale und Zentrum haben den bereit dreizehmal angenommenen Diäten-antrag wieder erneuert, über sein Schicksal kann kaum ein Zweifel herrschen; er wird wieder von den verbündeten Regierungen un-beachtet gelassen werden, obwohl die Offizien des „modernen“ Bülow verkünden, der Kanzler werde „seinen ganzen Einfluß“ zur Durchdringung aufbieten.

Die Beratungen des Reichstags begannen am Mittwoch den 8. Dezember und wurden mit einem recht nüchternen Finanz-epossee des neuen Reichschatzsekretärs v. Stengel eingeleitet. Alles andere als eine schöpferische Natur hat dieser bedächtige bayerische Geheurnat den Ehrgeiz durch eine vorgebliche Reform der Reichs-finanzen der für neue Molochopfer notwendigen Vermehrung der indirekten Steuern den Weg zu ebnen. Das Hauptstück seiner Re-form ist die Entlastung der Einzelstaaten von dem Risiko, für die ersparende Schuldenwirtschaft des Reiches mit Matrikularbeiträgen einzustehen zu müssen. Mit den Matrikularbeiträgen fällt aber einerseits der letzte Rest des Einmahnebewilligungsrechtes des Reichstags und andererseits der Anlaß zu einem warnenden Einspruch der Bundesstaaten, wenn der Reichstatter in einem gar zu tollen Galopp dahinjährt. Mit Ausnahme der ehemaligen Kartellparteien hat denn auch jede Gruppe des Reichstags dem „neuen Manne“ einen Abgabe-brief geschrieben. Wenn das Zentrum in seiner Opposition verharret, ist die Vermerkung der Finanzreformvorlage schon jetzt entschieden.

Über das Uebel, das sich am zweiten Tage der Entabatteten zwischen Bebel und dem „Geistreichs“Kanzler v. Bülow entpann, be-richteten wir, der Wichtigkeit der Sache entsprechend, an anderer Stelle des Blattes ausführlicher. Hier mag nur angemerkt werden, daß die bürgerliche Presse, mit Ausnahme von einigen Scharfmacher-blättern, dem Reichskanzler garze Bündel von Lorbeerzweigen fern-hält. Bülow hat also nicht nur vorzanden, die Ausdehnungspunkte zu fügen, sondern hat auch den geistigen Tiefstand der Bourgeoisie richtig eingeschätzt. Dieser Tiefstand war kein Geheimnis, seine neueste Entfaltung muß uns aber auch Veranlassung geben, die wir machen sagen: allgemeine Propaganda sozialistischer Ideen noch stärker zu betreiben als bisher. Damit überwindet man keine Klassenbarrieren, zerstört aber doch viele und unter Umständen ge-fährliche Vorurteile.

Den Höhepunkt der weitläufigen Rede Bebel's bildete seine An-lage gegen das unerbörte Verhalten der reichstagsigen Regierung bei der Aussperrung in Grimnitzhau. Der sächsische Bundesstaats-bevollmächtigte Dr. Fischer suchte vergeblich mit einigen haltlosen Redensarten und ähnlichen „Fakten“ den von ihm selbst zugehängenen Belastungsstand in Grimnitzhau zu „rechtfertigen“. In Anbetracht hat noch nie eine Regierung gewagt, die verbrieften Rechte der Arbeiter so zu mißachten, wie die sächsische jetzt: sie will

Am Sonnabend 12. Dezember stimmte der Reichstag der Verlängerung des Handelsvertrags mit England auf zwei Jahre zu.

Die Einführung einer „Flussmaut“ ist zurzeit nicht geplant. Die eingebrachten Interpellationen sind mit Zustimmung der Parteien nach dem Schlusse der ersten Beratung des Stats zurückgestellt worden.

Crimmitschau.

Die ausgesperrten Textilarbeiter haben der hochwohlwollenden sächsischen Polizei einen Argzettel gespielt. Sie haben sich über die sächsische Grenze gewandt und sind der „sächsischen Gemütslichkeit“ entronnen.

Die außerordentlich stark besuchten Versammlungen erheben klammernden Protest gegen die Maßnahmen der Crimmitschauer Behörden und dessen Vorsteher, Herr Beckmann.

Eine Töpfer-Aussperrung

Ist durch den Deutschen Ofenfabrikanten-Verband beschlossen und fast auf der ganzen Linie durchgeführt worden. Anlaß dazu gab der Streik der Töpfer in Velten und Fürstentum.

Ein allgemeiner deutscher Krankenkassentag

Ist von der geschäftsführenden Kasse des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen für Montag den 23. Januar 1904 einberufen worden.

Gewerbegerichtswahlen.

Ein glänzender Sieg haben die freien Gewerkschaften am 9. Dezember in Köln errungen, ihre Kandidaten erhielten 9566 Stimmen, gegen 5112, die auf die „Christlichen“ gefallen sind.

Seit Jahren können auf der einen Seite die freien Gewerkschaften den Wahlkampf schon früher, unter dem Gruppennamen, hatten sie die Mehrzahl der Beisitzerstellen.

Niederlage. Hinter den Gegnern der freien Gewerkschaften aber steckte die mächtige Zentrumspartei, die unter allen Umständen den Beweis erbringen wollte, daß die Kölner Arbeiter, wie Herr Dr. Karl Bachem schon vorweg im Reichstag behauptet hatte, in den Schoß des Zentrums zurückgekehrt seien.

In Dortmund fand die Wahl am 10. Dezember statt und endete gleichfalls mit dem Siege der freien Gewerkschaften.

Ein gräßliches Unglück

ereignete sich, wie das Hallesche Volksblatt berichtet, am Sonnabend den 5. Dezember abends in der Halleschen Maschinenfabrik.

Wer trägt nun die Schuld, daß über ein Dutzend Familien kurz vor Weihnachten so großer Jammer gebracht wurde, daß drei beziehungsweise vier Familien ihren Ernährer verloren, daß fünf andere mit einem kranken Gatten und Vater auf längere Zeit hinaus rechnen müssen!

Wer will etwas gewinnen?

Zu welchen Zwecken von den Herren Ultramontanen die Arbeiter mißbraucht werden, dafür liegt wieder ein eklatanter Fall vor.

„Wer will etwas gewinnen? Jeder zehnte Besteller auf den ersten Jahrgang unseres Blattes bekommt einen Preis.“

ausschreiben gilt nur bis zum 31. Dezember d. J. und nur für Jahresabonnenten. Darum säumet nicht, eure Bestellungen einzufenden.

Da sage noch jemand, daß die Ultramontanen nicht ausgezeichnete Geschäftsleute sind. Wie schön ist hier Geschäft und Katholizismus verbunden zu löblichem Zwecke.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29).

Bekanntmachung.

Die Ausstellung der Erfahrbücher ist stets mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, welche bei nur einigermaßen gutem Willen der Ortsverwaltungen sehr leicht vermieden werden könnten.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Großen Platate vergiffen sind. Die neue Auflage erscheint nach der Generalversammlung.

Die Mitglieder J. Jonas, Buch-Nr. 123005; Fr. Kraft, Buch-Nr. 117971; J. Kofelowsky, Buch-Nr. 111933; D. Schüller, Buch-Nr. 125330, wurden wegen Zahlungsausfalls ausgeschlossen.

Mit Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro November 1903.

- Einnahme: Kassenbestand vom Oktober 1262313,11. Von: Altentisch 200, Altna 150, Altenhagen 200, Altheimendorf 90, Altna 250, Albstätt 30, Altmühl 75, Altmühl 150, Altmühl 200, Altmühl 100, Altmühl 100, Baden-Laden 100, Bamberg 100, Bauzen 70, Beck 100, Beilungen 50, Beleda 90, Bergshausen 100, Berlin I 300, Berlin II 1200, Berlin IV 400, Berlin V 500, Berlin VII 400, Biebrich 200, Bielefeld 200, Bischofheim 150, Bötzingen 50, Böhle 200, Bonn 100, Brachweide 100, Brandenburg a. d. H. 300, Bretten 80, Bruchsal 100, Bruchhausen 200, Büdelsdorf 300, Bürgel 200, Burg b. Magdeburg 100, Cannstatt 400, Chemnitz 100, Coburg 65,95, Köln-Bickendorf 100, Köln-Rippes 100, Köln-Biehl 60, Corne 40, Coswig 150, Dapl a. d. V. 60, Daplhausen 70, Kaldorf 150, Dessern 300, Dingelstädt 40, Dintelsbühl 100, Dinslaken 100, Döhren 100, Döpp 300, Duisburg 300, Dülstedt-Zweiffen 100, Eberswalde 120, Eilenburg 75, Eintracht 40, Eichenach 100, Eislungen 100, Eitzendorf 60, Ende 50, Einigen 50, Erlurt 150, Eßlingen 200, Eutingen 80, Faurndau 100, Feuersbach 150, Forstheim 100, Forst i. V. 40, Frauenthal 300, Frankfurt a. M. 150, Freiburg i. Breisgau 400, Freudenberg 40,90, Friedrichsdorf 200, Friedrichshagen 100, Friedrichsdorf 300, Friedrichsdorf-Magdeburg 100, Friedrichshagen 60, Fulda 200, Gagganau 300, Gassen-Sommerfeld 100, Geesemünde 100, Geislingen 30, Geitain 50, Giefenkirchen 200, Gera 50, Gimmheim 50, Glaz 50, Glösa 100, Gohorf 50, Gorbitz 200, Göttingen 100, Götting 200, Göttingen 60, Grafenhausen 80, Grewenbruch 250, Grimma 70, Groß-Buchholz 50, Groß-Ottensleben 150, Grünberg 100, Güttenbach 100, Gütten 50, GutsMuths 50, Hall-Schmied 100, Gamburg i. Stadt 200, Gamburg-Billwäcker 75, Hamm i. W. 200, Haslach 50, Haspe 200, Hagen b. D. 71,66, Heerdt 100, Heilbrunn 200, Heiligenhaus 80, Heiligenz 50, Hemer 50, Hestert-Hahe 175, Hildesheim 50, Hildesheim 100, Hörde 200, Hof 25, Holfen 50, Holzheim b. L. 50, Horchheim 90, Humboldt-Colonie 100, Jauer 70, Jümmendingen 90, Jümmingath 150, Jena 100, Jüngststadt 100, Jzerlohn 150, Kaiserlautern 300, Kaiserwerth 70, Kais. 50, Kall 200, Karlsdorf 40, Kettlerbach 50, Kendenich 50, Klossche 100, Koftheim 80, Kray 60, Kulmbach 100, Lahr i. V. 100, Lamsbheim 100, Landsberg a. d. M. 100, Landshut 100, Langenei 51,73, Leipzig-Ost 600, Leipzig-Süd 100, Leipzig-Eutritzsch 300, Sibir 50, Siegnitz 150, Sierentfeld 2,45, Simburg 50, Simmer 100, Linden 400, Sippstadt 60, Sollar 50, Sottfetten 35, Sudwighshafen-Mundenheim 100, Mundenheim 200, Mannheim-Lindenhof 200, Mannheim-Schweib.-Vorfl. 700, Mannheim-Waldhof 100, Weidertich 150, Weggen 120, Weissen 300, Werfing 100, Wilspe 200, Wörsenbrock 200, Moorlautern 70, Mügeln 200, Mülhausen i. E. 300, Mülheim a. M. 80, Mülh.-hof 35,62, Mülheim a. Rh. 150, Mülheim a. d. R. 100, Mülhling-Grumbach 21,35, München-Gladbach 150, Münster i. W. 50, Müstzig 35,33, Neckarau 200, Neuenrade 200, Neuz-Szenburg 70, Neunmünster 50, Neustadt a. d. H. 100, Neustadt i. R. 60, Neuwied 100, Niederrödelchen 80, Nivvingen 100, Nürnberg 1000, Oberbill 200, Oberpfermühl 100, Oberthausen 200, Deberan 40, Oehringgen 75, Oelde 85,15, Ofterbach a. M. 200, Ofterholz-Scharbeck 77,95, Owen u. T. 52,53, Petersberg 100, Pforzheim 600, Pflanzstadt 70, Plauen i. Vogtl. 80, Plettenberg 150, Potsdam 150, Quecklinburg 200, Rabenau 60, Raftat 200, Ratibor 200, Rannheim 60, Raurel 60, Ravensburg 100, Reichenschwand 100, Reinickendorf 50, Reinickendorf-Ost 100, Rehsburg 100, Reppen 35, Rheingönheim 80, Ricklingen 300, Riefa 70, Röhelheim 100, Röhrath 100, Roudorf 100, Rosenheim 50, Rothenburg a. d. T. 200, Rott 50, Rüdersdorf 200, Rummelsburg 300, Saarbrücken 200, Sangerhausen 80, Schalle 100, Schilfbeck 80, Schladen a. S. 100, Schmandbruch 100, Schönbronn 50, Schönebeck 60, Schwärzberg 400, Schwöningen 35, Schramberg 200, Schwelm 150, Schwertin 50, Schwerte 600, Schweringen 100, Selbke 150, Singen 40, Sohlen 40, Spelhof 100, Speyer 60, Spreedorf 120, Straßdorf 30, Striegau 104,60, Stuttgart 300, Stuttgart-Süd 120, Sudenburg 400, Suderode 100, Sulfzewersheim 70, Tübingen 100, Tübingen 100, Treuchtlingen 74, Tübingen 100, Tübingen 50, Tübingen 80, Unterbach 50, Untergrombach 100, Unterlebach 80, Wittmann 150, Woelfenau 120, Wogelfang-Mühlendorf 150, Wobler-

